



**Dokumentations- &
Informationsstelle
Antisemitismus**

Mecklenburg-Vorpommern

Antisemitische Vorfälle in Mecklenburg- Vorpommern

2024

Impressum

Herausgeber:innen: Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern e.V. (LOBBi e.V.) und die Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus Mecklenburg-Vorpommern, Budapester Str. 7, 18057 Rostock, Telefon: 0381/12 87 85 28, info@dia-mv.de

Rostock, 1. Auflage 2025

V.i.S.d.P. ist Robert Schiedewitz, Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern e.V. (LOBBi e.V.)

Konzept, Redaktion, Satz und Grafik: Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus Mecklenburg-Vorpommern (DIA.MV)

Bildnachweis: Die Bildrechte verbleiben bei LOBBi e.V. bzw. auf den Seiten 24, 29, 35, 41, 44 bei den uns bekannten Fotograf:innen.

DIA.MV ist ein Projekt der Landesweiten Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern e.V. und wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, kofinanziert von der Europäischen Union.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Kofinanziert von der
Europäischen Union

DIA.MV ist Mitglied im Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus.



Beratungsnetzwerk
Demokratie und Toleranz
Mecklenburg-Vorpommern



Bundesverband RIAS e.V.
Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus

Urheberrechtliche Hinweise: Copyright 2025 Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus Mecklenburg-Vorpommern (DIA.MV). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber:innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber:innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss: Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber:innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Websites Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die jeweiligen Anbieter:innen oder Betreiber:innen der Seiten verantwortlich.

Schutzgebühr: Es wird keine Schutzgebühr erhoben. Anfragende um eine Zusendung per Post bitten wir um eine Erstattung der Portokosten.

Jahresbericht

Antisemitische Vorfälle in Mecklenburg-Vorpommern 2024



**Dokumentations- &
Informationsstelle
Antisemitismus**
Mecklenburg-Vorpommern

Inhalt

- 4** **Grußwort**
der Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und
Europaangelegenheiten M-V, Bettina Martin
- 6** **Über DIA**
- 10** **Datenerfassung- und Auswertung**
- 15** **Arbeitsdefinition Antisemitismus**

19

Auswertung 2024

Erscheinungsformen des Antisemitismus

Vorfallarten

Betroffene

Politischer Hintergrund

Tatorte

Regionale Verteilung

74

Zusammenfassung

80

Fokuskapitel: Intersektionale Verschränkungen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zum dritten Mal legt DIA.MV ihren Jahresbericht über antisemitische Vorfälle in Mecklenburg-Vorpommern vor. In einer Zeit, in der wir ein Erstarken von Antisemitismus erleben, ist es umso wichtiger, dass wir hinsehen! Nur wenn wir darüber Bescheid wissen, wie Antisemitismus heute in unserer Gesellschaft auftritt, wie er sich verbreitet und woher er kommt, können wir ihn wirksam bekämpfen.

Dazu leistet die Dokumentations- und Informationsstelle DIA erneut einen wichtigen Beitrag.

Bereits im Jahresbericht 2023 haben wir gesehen, dass die Zahl antisemitischer Vorfälle und Straftaten nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel angestiegen ist und der Terror der Hamas wie Brandbeschleuniger für den Judenhass auch in Deutschland gewirkt hat. Leider hat sich diese Entwicklung auch 2024 fortgesetzt.

Vielen fällt es schwer, sich angesichts des andauernden Krieges im Gaza-Streifen zurecht zu finden – was ist Antisemitismus und was legitime Kritik an einem Land, das Krieg führt? Allzu oft nutzen Antisemiten ihre Kritik an der Politik der aktuellen Regierung Israels als Maske, um dahinter Judenhass zu verbreiten.

Es ist meine tiefe Überzeugung, dass die Gesellschaft dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen darf. Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

Es ist deshalb gut, dass der Schutz und die Förderung jüdischen Lebens in Mecklenburg-Vorpommern nun, mit Beschluss des Landtages vom 29. Januar 2025, in der Landesverfassung verankert ist. Das ist weit mehr als »Symbolpolitik«, sondern Ergebnis eines langen Prozesses. Der Kampf gegen Antisemitismus als eine Staatszielbestimmung in der Landesverfassung hat weitreichende Wirkung und nimmt uns alle in die Pflicht.

Im November 2024 hat die Landesregierung einen Landesaktionsplan gegen Antisemitismus beschlossen und dem Landtag übergeben. Vorausgegangen war ein über zweijähriger Prozess mit über zwanzig Netzwerkpartnern aus der Zivilgesellschaft. Der Landesaktionsplan enthält eine genaue Bestandsaufnahme und einen konkreten Fahrplan für die Bekämpfung des Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern.

Jahresberichte wie dieser haben die Funktion, in regelmäßigen Abständen eine Bilanz über Entwicklungen zu ziehen, zu publizieren und in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Es freut mich auch, dass im Landesaktionsplan vorgesehen ist, dass DIA.MV in einen engeren Austausch mit den zuständigen Sicherheitsbehörden tritt.

Wenn wir Antisemitismus wirksam bekämpfen wollen, dann müssen wir seine Erscheinungen erkennen können. Dafür brauchen wir eine gemeinsame Faktenbasis und dafür brauchen wir Aufklärung und Bildung.

Deshalb stärken wir die Kompetenzen der Lehrkräfte an unseren Schulen und machen das Thema Antisemitismus zum verpflichtenden Bestand der Lehrkräfteausbildung.

Aufklärung und Bildung sind die natürlichen Mittel gegen Propaganda und Verschwörungstheorien. Sie sind die beste Prävention.

Deshalb danke ich DIA.MV dafür, dass sie weiterhin für uns genau hinsehen und uns von ihren Erkenntnissen berichten.



Bettina Martin,

Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern

Über DIA.MV

Die Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus Mecklenburg-Vorpommern (kurz DIA.MV) ist eine zivilgesellschaftliche Melde- und Beratungsstelle. Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« in Kofinanzierung des Europäischen Sozialfonds geförderte Projekt wurde im Juni 2021 gegründet, um antisemitische Vorfälle und die Verbreitung antisemitischer Einstellungen im Bundesland sichtbar zu machen und damit eine antisemitismuskritische Gesellschaft zu fördern.

DIA.MV steht Betroffenen, Zeug:innen und all jenen, die sich gegen Antisemitismus im Bundesland engagieren, beratend zur Seite. Hierfür arbeitet DIA.MV in enger Kooperation mit den jüdischen Gemeinden des Landes, dem Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern, der Landeszentrale für politische Bildung sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur:innen der politischen Bildung und Stärkung demokratischer Kultur. Antisemitische Vorfälle werden von DIA.MV unabhängig ihrer strafrechtlichen Relevanz dokumentiert. Denn Vorfälle unterhalb der Gewaltschwelle oder Strafbarkeit bleiben der öffentlichen Aufmerksamkeit oftmals verborgen, tragen jedoch in besonderer Weise zur Verbreitung antisemitischer Einstellungsmuster sowie zu Verunsicherungen im Alltag von Jüdinnen:Juden bei.

DIA.MV behandelt alle Fälle vertraulich und steht parteiisch an der Seite von Betroffenen. Bei Bedarf unterstützt DIA.MV bei rechtlichen oder psychosozialen Schritten. Darüber hinaus unterstützen wir Einzelpersonen, zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und öffentliche Institutionen, die gegen Antisemitismus aktiv werden wollen, mit inhaltlicher Expertise und bei Bedarf mit einer umfassenden Verweisberatung.

Die systematische Dokumentation und Veröffentlichung antisemitischer Vorfälle trägt dazu bei, die Zivilgesellschaft und staatliche Akteur:innen

für Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Problem zu sensibilisieren und Handlungsbedarfe zu identifizieren sowie bestehende Maßnahmen anzupassen.

Haben Sie einen Vorfall in Mecklenburg-Vorpommern erlebt oder beobachtet? Melden Sie uns diesen vertraulich unter www.dia-mv.de. Mit Ihrer Meldung tragen Sie aktiv dazu bei, ein Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen.

Bei bundesweiten Vorfällen empfehlen wir Ihnen, den Bundesverband Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus zu kontaktieren: www.report-antisemitism.de.

DIA.MV ist Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) und steht in einem engen Austausch mit den regionalen Meldestellen der anderen Bundesländer.

In aller Kürze

• Ziele und Aufgaben

DIA.MV ist eine zivilgesellschaftliche Melde- und Beratungsstelle, die antisemitische Vorfälle in Mecklenburg-Vorpommern dokumentiert – unabhängig von ihrer Strafbarkeit und Schwere der Tat – und so zur Sichtbarmachung antisemitischer Vorfälle beiträgt.

• Netzwerk und Zusammenarbeit

Die Stelle bietet vertrauliche Beratung für Betroffene, Zeug:innen und Engagierte, arbeitet eng mit jüdischen Gemeinden, staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Partner:innen zusammen und unterstützt im Rahmen einer Verweisberatung bei rechtlichen, psychosozialen oder praktischen Anliegen.

• Sensibilisierung

Durch die systematische Erfassung und Veröffentlichung antisemitischer Vorfälle sensibilisiert DIA.MV Gesellschaft und Politik für Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Problem, fördert eine antisemitismuskritische Gesellschaft.

The background is a solid teal color. There are two large, vertically-oriented yellow rounded rectangles. One is positioned in the upper half of the image, and the other is in the lower half, partially obscured by the text box. The text box is a dark teal rounded rectangle located in the lower-middle section of the image.

Datenerfassung- und Auswertung

Das Monitoring¹ antisemitischer Vorfälle in Mecklenburg-Vorpommern erfolgt in zwei verschiedenen, einander ergänzenden Verfahrensweisen. Zum einen besteht für Betroffene und Zeug:innen antisemitischer Vorfälle die Möglichkeit, diese mit Hilfe eines Meldeformulars auf der projekt-eigenen Website an DIA.MV heranzutragen.

Zum anderen basiert das Monitoring auf einer proaktiven Recherche im Bundesland. Eine wichtige Rolle spielt hierbei der Austausch mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen als auch staatlichen Akteur:innen sowie mit den jüdischen Gemeinden des Landes. Darüber hinaus umfasst das proaktive Monitoring u.a. anlassbezogene Beobachtungen des politischen Versammlungsgeschehens im Bundesland. Dies kann sowohl durch ein Monitoring vor Ort als auch mittels der Auswertung von Bild- und Videomaterial erfolgen.

Grundsätzlich arbeitet DIA.MV dabei betroffenenorientiert, ist aber gleichwohl darum bemüht, eingehende Vorfallmeldungen nach Möglichkeit zu plausibilisieren und verifizieren. Die Mitarbeiter:innen nehmen daher zeitnah Kontakt zu den Meldenden auf, um ein genaueres Bild von dem gemeldeten Vorfall zeichnen und ihn innerhalb des eigenen Kategoriensystems einordnen zu können. Auf anderen Wegen des Monitorings festgestellte Vorfälle, beispielsweise durch die tägliche Sichtung der regionalen Presse, werden ebenfalls überprüft und mittels einer weiterführenden Recherche kontextualisiert.

¹ Der Begriff »Monitoring« beschreibt das systematische und kontinuierliche Beobachten von bestimmten Vorgängen im Land. Werden beispielsweise Demonstrationen beobachtet, so werden für ein systematisches »Monitoring« auch Ereignisse rund um die Demonstrationen in den Blick genommen. Dies kann die Mobilisierung zu den Protesten betreffen, etwa hinsichtlich der Frage, wer zu den Demonstrationen aufruft. Wie sind die (Presse-) Reaktionen vor und nach dem Protest? Wer nimmt an der Demonstration teil, welche Schilder werden mitgeführt und unter welchem Slogan läuft die Demonstration?

Als antisemitische Vorfälle gelten all jene Handlungen und öffentliche oder an Einzelpersonen oder Institutionen adressierte sprachliche wie symbolische Äußerungen, die wissentlich wie unwissentlich eine antisemitische Überzeugung oder antisemitische Narrative zum Ausdruck bringen, für diese werben oder (ersichtlich) durch diese motiviert sind.

Das Auswertungsverfahren hat mitunter zur Folge, dass mutmaßlich antisemitische Phänomene nicht in die Dokumentation aufgenommen werden können. Dies ist etwa der Fall, wenn sich ein antisemitischer Hintergrund einer Tat nicht plausibel erhärten lässt oder trotz einer mindestens mittelbaren antisemitischen Bedeutungsebene aus methodischen Gründen nicht als Vorfall klassifiziert werden kann. Letzteres gilt insbesondere in den folgenden Feldern:

1. Vielfach werden an DIA.MV Meldungen über Hakenkreuz-Schmierereien oder andere neonazistische Propagandadelikte herangetragen. Diese können nicht pauschal Eingang in die Vorfalldokumentation finden. Denn obgleich ein Hakenkreuz zweifellos immer auch über eine immanent antisemitische Bedeutungsebene verfügt, kann es gleichermaßen auch auf andere und im Tatzusammenhang womöglich vorrangige, beispielsweise rassistische Überzeugungen verweisen. Die Einordnung als Vorfall erfordert daher zusätzliche Hinweise, die eine antisemitische Motivation nahelegen. Dies ist etwa der Fall, wenn Hakenkreuze in räumlicher Nähe zu jüdischen Einrichtungen oder Gedenkorten angebracht werden.

2. Eine methodische Einschränkung des Feldes ist überdies im digitalen Raum notwendig. Vorfälle im Internet, und dabei insbesondere in den Sozialen Medien, gehen nur dann in die Dokumentation ein, wenn sie an (jüdische wie nichtjüdische) Einzelpersonen oder Institutionen aus Mecklenburg-Vorpommern adressiert sind. Gleichwohl ist der digitale Raum

Gegenstand des kontinuierlichen proaktiven Monitorings, da die Dokumentation antisemitischer Vorfälle nur dann Aussagekraft besitzt, wenn sie das Problemfeld nicht nur quantifiziert, sondern auch qualitativ einordnen kann.

Die Systematisierung der erhobenen Daten erfolgt auf Grundlage des gemeinsamen und wissenschaftlich entwickelt und überprüften Kategoriensystems der Bundesarbeitsgemeinschaft der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (BAG RIAS). Neben der zahlenmäßigen Erfassung und Zuordnung der Fälle zu den verschiedenen Vorfallarten werden die dokumentierten Vorfälle zudem im Rahmen einer inhaltlichen Auswertung den verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus zugeordnet und spezifische Problemfelder eruiert. Im Sinne der verständlichen Aufbereitung der Zahlen hat DIA.MV punktuell zusätzliche Differenzierungen vorgenommen.

Neben einer Qualitätssicherung ermöglicht ein bundesweit einheitliches Erfassungssystem in Grundzügen eine Vergleichbarkeit der Daten aus verschiedenen Bundesländern. In einer solchen vergleichenden Perspektive muss berücksichtigt werden, dass die verschiedenen regionalen Meldestellen aufgrund der jeweiligen personellen wie finanziellen Ressourcen über unterschiedliche Kapazitäten für Recherchen verfügen und je nach Projektlaufzeit bis dato ein unterschiedliches Maß an Bekanntheit unter potentiellen Meldenden generieren konnten.

In aller Kürze

• Monitoring

Antisemitische Vorfälle werden über ein öffentliches Meldeformular und durch proaktive Recherchen erfasst.

• Dokumentation

Alle Vorfälle werden unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz oder Schwere der Tat systematisch dokumentiert. DIA.MV arbeitet dabei betroffenenorientiert und versucht die Vorfälle für eine Verifizierung zu plausibilisieren.

• Vorfall

Als Vorfälle zählen alle Handlungen oder Äußerungen – ob bewusst oder unbewusst –, die antisemitische Einstellungen ausdrücken, befürworten oder erkennbar davon motiviert sind. Bei Hakenkreuz-Schmierereien oder Online-Beiträgen braucht es einen konkreten Bezug zu Personen, Orten oder Institutionen in M-V.

• Kategoriensystem

Die Erfassung erfolgt mittels des Kategoriensystems des Bundesverbandes Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) e.V. und erlaubt eine qualitative und quantitative Auswertung.

The background is a solid teal color. There are two large, vertically oriented yellow rounded rectangles. One is positioned in the upper half of the image, and the other is in the lower half, partially obscured by the text box. In the center of the image, there is a dark teal rounded rectangle containing white text.

Arbeitsdefinition Antisemitismus

Eine Grundlage der Datenerfassung und -auswertung ist die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). In einer niedrigschwelligen und praxisorientierten Perspektive definiert die IHRA Antisemitismus als *»eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann.«* Weiter heißt es: *»Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.«* In einer Erweiterung hat die Bundesregierung 2017 folgende Ergänzung vorgenommen:

*»Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.«*²

Die Definition weist auf drei zentrale Aspekte des Antisemitismus hin, die sich auch in den von DIA.MV dokumentierten Vorfällen widerspiegeln.

Imagination

Das Stichwort »Wahrnehmung« weist darauf hin, dass der Antisemitismus keine Reaktion auf tatsächliches Verhalten von Jüdinnen;Juden ist. Das antisemitische Denken arbeitet mit Fremdkonstruktionen, in denen das »Jüdische« in erster Linie eine Imagination ist, die beliebig mit Zuschreibungen belegt werden kann.

² Der Bundesverband RIAS hat die IHRA-Definition für den deutschen Kontext zusätzlich angepasst. Siehe hierzu: <https://report-antisemitism.de/bundesverband-rias/#operatingPrinciple> [29.04.25].

Willkür

Eine Folge hieraus ist, dass der Antisemitismus zwar in erster Linie für Jüdinnen:Juden eine Gefahr darstellt und als Bedrohungspotential ihren Alltag prägt, sich aber durchaus auch gegen nichtjüdische Einzelpersonen und/oder Institutionen richten kann, wenn diese als jüdisch imaginiert oder etwa einer Komplizenschaft mit angeblichen jüdischen Mächtschaften beschuldigt werden. Der Antisemitismus ist somit nicht nur dort eine Gefahr, wo es auch jüdische Gemeinden gibt, sondern ist darüber hinaus ein grundsätzliches Problem für die demokratische Kultur.

Wort oder Tat

Obgleich Gewaltdelikte von besonderer Tragweite sind und dementsprechend auch ein erhöhtes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit erfahren, sind sie nur ein Teil einer weitaus größeren Bandbreite verschiedener Vorfallarten, in denen antisemitische Einstellungen ausgedrückt werden. Antisemitische Alltagserfahrungen ereignen sich oftmals unterhalb der Gewaltschwelle, sind dadurch aber nicht minder problematisch. Der Antisemitismus wird demnach nicht erst dort zu einem Problem, wo er sich in physischer Gewalt oder offener verbaler Anfeindung ausdrückt. Er wird auch in rhetorischen und bildsprachlichen Codes sowie in subtileren Handlungen zum Ausdruck gebracht. Antisemitische Vorfälle sind nicht nur Zeugnis einer feindseligen Haltung gegenüber Jüdinnen:Juden auf Seiten der Täter:innen, sondern tragen zu Verbreitung dieser Einstellungsmuster bei.

In aller Kürze

• Definition

DIA.MV arbeitet auf Grundlage der IHRA-Arbeitsdefinition, die Antisemitismus als spezifische Wahrnehmung von Jüdinnen:Juden beschreibt und sich als Hass in Wort oder Tat, gegen Menschen, Eigentum oder Institutionen richten kann. Auch Angriffe auf den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, zählen dazu.

• Imagination

Antisemitismus basiert nicht auf realem Verhalten, sondern auf Projektionen und stereotypen Fremdzuschreibungen gegenüber dem »Jüdischen«.

• Willkür

Antisemitismus betrifft primär Jüdinnen:Juden, kann sich aber auch gegen nicht-jüdische Personen richten, wenn diese als »jüdisch« wahrgenommen oder fälschlich mit jüdischen Verschwörungsmysmen in Verbindung gebracht werden.

• Vielfältige Ausdrucksformen

Antisemitismus zeigt sich nicht nur in Gewalt, sondern auch in Sprache, Symbolik und subtilen Alltagsinteraktionen – auch unterhalb der Gewaltschwelle bleibt er gesellschaftlich wirkmächtig und gefährlich.



Auswertung 2024

Insgesamt wurden für 2024 92 antisemitische Vorfälle von DIA.MV in Mecklenburg-Vorpommern und damit knapp 77 % mehr Vorfälle als 2023 dokumentiert. Zu berücksichtigen ist, dass es sich hierbei lediglich um jene Vorfälle handelt, welche dem Projekt mittels Meldungen oder proaktiver Recherche bekannt geworden sind. Eine Zunahme an Vorfällen kann ergo nicht ausschließlich mit einem tatsächlichen Anstieg in eine Kausalverbindung gebracht werden. Einfluss auf die Anzahl der dokumentierten Vorfälle hat auch die allgemeine Bekanntheit der Meldemöglichkeit sowie die Vernetzung des Projektes im Bundesland.



Erscheinungsformen des Antisemitismus

In der inhaltlichen Bewertung der dokumentierten Vorfälle unterscheidet DIA.MV zwischen fünf verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus. Diese stellen notwendigerweise eine lediglich idealtypische Systematisierung dar. Auf der Vorfallebene treten oftmals verschiedene Erscheinungsformen miteinander verschränkt auf. So können Täter:innen beispielsweise im Kontext einer verbalen Anfeindung auf Ausdrucksformen des modernen Antisemitismus und des Antijudaismus gleichermaßen zurückgreifen. Das bedeutet auch, dass die Summe der Fallzahlen der Erscheinungsformen größer ist als die Gesamtzahl der erfassten Vorfälle selbst.

Antijudaismus

Der Antijudaismus bedient sich religiöser Motive und drückt sich unter anderem in abwertenden Zuschreibungen gegen die jüdische Religion aus. Im Antijudaismus werden Jüdinnen:Juden beispielsweise als Gottesmörder:innen bezeichnet oder beschuldigt, andere Religionen verächtlich zu machen. So wurde Jüdinnen:Juden im christlichen Mittelalter etwa vorgeworfen, Hostien zu schänden oder Ritualmorde an christlichen Kindern zu begehen. Diese Anschuldigungen gingen zumeist mit exzessiven Gewaltakten gegen Jüdinnen:Juden und deren Vertreibung einher.

Spuren des Antijudaismus finden sich insbesondere auch in Zuschreibungen, die zentrale Praktiken des Judentums als »archaisch« oder »barbarisch« kennzeichnen. Dies betrifft vor allem die Beschneidung männlicher Neugeborener (Brit Milah) so wie die rituelle Schächtung (Sch'chita) von Säugetieren im Rahmen der Speisegesetze (Kaschrut). Weiterhin werden im Antijudaismus Bilder eines alttestamentarischen Rachegottes konst-

ruiert, die mit entsprechenden Zuschreibungen gegenüber Jüdinnen:Juden als rachsüchtig und hinterlistig korrespondieren. Auch die Vorstellung von Jüdinnen:Juden als Verräter:innen fußt auf derlei antijudaistischen Traditionen.

Der Antijudaismus zeichnet ein Zerrbild, das mit den tatsächlichen Traditionen und Praktiken des Judentums nichts zu tun hat. Er basiert nicht auf realen Erfahrungen, sondern hat als geschlossenes Weltbild (wie auch die Formen des modernen Antisemitismus) eine identitätsstabilisierende Funktion für diejenigen, die solche Überzeugungen äußern und trägt zur Aufwertung der eigenen religiösen und/oder kulturellen Orientierung bei.

2024 wurde in acht Vorfällen auf antijudaistische Tropen rekurriert. Bei sieben der Vorfälle wurden die Inhalte mittels Massenzuschriften an große Empfänger:innenkreise verbreitet. Obgleich der historische Ursprung des Antijudaismus im christlichen Mittelalter begründet liegt, erreichten 2024 vorrangig auf dem Weg der Online-Kommunikation Einzelpersonen als auch Institutionen in Mecklenburg-Vorpommern eben jene Inhalte.

Neubrandenburg, 03.03.2024

In einer E-Mail adressiert an den Zentralrat der Juden, die ebenfalls an zivilgesellschaftliche Organisationen, staatliche Institutionen und regionale Medienhäuser in Mecklenburg-Vorpommern versendet wurde, werden Jüdinnen:Juden beschuldigt, Jesus geschändet, verraten und ermordet zu haben. Der Inhalt reproduziert damit bewusst den antijudaistischen Vorwurf des »Gottesmord« gegenüber Jüdinnen:Juden.

Moderner Antisemitismus

Der im 19. Jahrhundert entstandene moderne Antisemitismus knüpfte historisch zwar an etablierte Vorurteilsstrukturen des Antijudaismus an, entwickelte sich jedoch zu einer nicht mehr religiös begründeten Ideologie. Der moderne Antisemitismus basiert auch auf der Vorstellung, dass Jüdinnen:Juden nicht zur Loyalität fähig und gewissermaßen ein »Staat im Staate« seien. Hieraus folgt die für den modernen Antisemitismus charakteristische verschwörungsideologische Komponente. Jüdinnen:Juden werden als Strippenzieher:innen undurchsichtiger Machenschaften oder Profiteur:innen gesellschaftlicher Krisen imaginiert. Es wird ihnen eine besondere politische und/oder ökonomische Macht und Kontrolle unterstellt und behauptet, sie hätten einen zerstörerischen Einfluss auf die Gesellschaften, in denen sie leben. Personalisierungen und Codes spielen bei der Verbreitung dieser Vorstellungen eine besondere Rolle. Anstatt von Jüdinnen:Juden wird beispielsweise von den »Rothschilds«, »George Soros«, einer »New World Order« oder der »Ostküste« der USA gesprochen. Es kommt im modernen Antisemitismus nicht selten vor, dass Jüdinnen:Juden auch für völlig widersprüchliche Dinge verantwortlich gemacht werden.

Neubukow, 24.08.2024

Bei einem Autokorso mit Kundgebung aus dem verschwörungsideologischen Milieu fährt ein Auto mit Anhänger mit, auf dem mehrere Plakate aufgestellt sind. Auf einem ist in Anspielung auf den Songtitel »Harvester of Sorrow« »Harvester of Soros« zu lesen. Hinzugefügt wurde ein gezeichnetes Gesicht des jüdischen Philanthropen George Soros, welcher im modernen Antisemitismus häufig als Personifizierung einer jüdischen Lobby instrumentalisiert wird.

Neubrandenburg, 31.03.2024

An einem Trafo-Häuschen wird ein Graffiti »Stoppt den Austausch« sowie »Europa erwache« und 1161 festgestellt. Das Graffiti bezieht sich damit auf den antisemitischen und rassistischen Verschwörungsmythos des »Großen Austausches«. Dabei wird eine angebliche Ersetzung von Bevölkerungsgruppen propagiert, wobei als »Strippenzieher« dieses Austausches Jüdinnen:Juden konstruiert werden.



Mit der im späten 19. Jahrhundert entstandenen »Rassenideologie« wurden Jüdinnen:Juden zudem als eine »Rasse« definiert. Der moderne Antisemitismus operiert mithin seit jeher auch mit rassifizierenden Zuschreibungen. Das bedeutet, dass Jüdinnen:Juden nicht nur bestimmte Interessen und soziale Eigenschaften zugeschrieben werden, sondern sie beispielsweise auch in der Bildsprache deutlich als fremd und nicht zugehörig markiert werden. Einschlägige Darstellungen, wie sie nicht zuletzt aus dem Nationalsozialismus bekannt sind, wirken teilweise bis heute fort. Dies kann insbesondere in den Sozialen Medien beobachtet werden, wo Jüdinnen:Juden im Kontext einer antisemitischen Meme-Culture wahlweise mit großen Nasen, als gebrechlich, mit finsterem Ausdruck oder als Vampire dargestellt werden.

Demmin, 17.01.2024

Bei einer Versammlung des Unternehmeraufstands erwähnt ein Redner in einem kurzen Redebeitrag die antisemitische Verschwörungserzählung des Morgenthau-Plans. Der Plan, das deutsche Volk zu bestrafen bestehe schon lange und man sei jahrelang »verblödet« worden, erklärt er, womit der Redner eine jüdische Person für ein vermeintliches Leid der Deutschen verantwortlich macht. Weiter sagt der Redner: »Der Mann hieß Herr Morgenthau, der diesen Plan entwickelt hat und wir sollen zurückentwickelt werden zum Agrarland. Das ist von ganz oben gesteuert und die haben den Osten und den Westen beherrscht. Diese Kräfte wirken auf uns«. Der Redner endet mit dem Aufruf, dass man sich mit der »wahren« deutschen Geschichte befassen solle.

Vom modernen Antisemitismus geht nachweislich ein ungebrochenes Gewaltpotential aus. Er arbeitet mit einfachen Bildern und starken Emotionalisierungen. Auch deshalb erlebt der Antisemitismus als Deutungsangebot, das klar zwischen Gut und Böse unterscheidet, insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Krisen Zulauf. Antisemitische Verschwörungserzählungen beeinflussen auch das Handeln und sollten daher keinesfalls nur als Spinnerei abgetan werden.

Von den 2024 dokumentierten Vorfällen konnten 24 aufgrund der verwendeten Stereotypen und Codes dem modernen Antisemitismus zugeordnet werden. Dabei handelte es sich bei 12 Vorfällen um Massenzuschriften und in zwölf Fällen um verletzendes Verhalten, wovon sechs bei Versammlungen im öffentlichen Raum auftraten (zu den Vorfallarten siehe Kapitel Auswertung 2024, S. 41).

Post-Schoah-Antisemitismus

Der Post-Schoah-Antisemitismus ist eine Form der Schuld- und Erinnerungsabwehr, die die Verbrechen der Schoah relativiert, bagatellisiert oder gar leugnet. Hierunter wird auch die positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus gefasst. Diese Form des Antisemitismus wird auch als sekundärer Antisemitismus bezeichnet, weil er in Gestalt der Erinnerungsabwehr als Türöffner für klassische Topoi des modernen Antisemitismus fungieren kann. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Jüdinnen:Juden vorgeworfen wird, aus der Schoah ökonomisch Profit schlagen zu wollen oder die Erinnerung an die Verbrechen als moralische Erpressung einzusetzen. Zudem drückt sich diese Erscheinungsform des Antisemitismus in der Beschädigung von Erinnerungsorten aus.

Wie bereits in den Jahren 2022 und 2023 stellt sich der Post-Schoah-Antisemitismus bei den von DIA.MV dokumentierten Vorfällen als virulenteste Erscheinungsform dar. Insgesamt konnten 46 der Vorfälle dem Post-Schoah-Antisemitismus zugeordnet werden, was 50 % aller Vorfälle umfasst. Darunter waren sowohl zwei Angriffe, eine Bedrohung, vier gezielte Sachbeschädigungen, elf Massenzuschriften und 28 Fälle mit verletzendem Verhalten, wovon zehn Vorfälle im Kontext mit Versammlungen standen.

Güstrow, 27.03.2024

An einer Hauswand wird die Schmiererei »Sieg Heil« festgestellt. Bei dem Haus handelt es sich um das ehemalige Wohnhaus der Familie Wittkowski, die 1942 nach Auschwitz deportiert und ermordet wurde. Auf dem Gehweg vor dem Haus befinden sich drei Stolpersteine, die an die Familie erinnern.

Rostock, 13.04.2024

Drei junge Männer mit Trikot des F.C. Hansa Rostock trinken in einem Regionalzug Bier und singen das sog. »U-Bahn-Lied« mit dem antisemitischen Text, der sich positiv auf die Verbrechen des NS bezieht, indem eine U-Bahn zwischen St. Pauli und Auschwitz gefordert wird. Mit der Anmerkung einer mitfahrenden Person, dass dies strafbar sei, hören sie auf, finden es aber weiterhin witzig. Andere Mitfahrende greifen nicht ein.

Rostock, 06.10.2024

An einem Mast eines Verkehrsschildes klebt ein Sticker mit der Aufschrift »Awayday« und »FC St. Pauli 1910«. In der Mitte ist ein rundes Bild, welches eine Zeichnung der Schienen des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau zeigt. Der Sticker suggeriert, dass der Verein bzw. die Fans des FC St. Pauli nach Auschwitz gebracht werden sollten und bezieht sich damit positiv auf die Mechanismen des industriellen Massenmords an den europäischen Jüdinnen:Juden.

Teterow, 23.09.2024

Bei einer Versammlung aus dem verschwörungsideologischen Spektrum solidarisiert sich ein Redner mit der verurteilten Schoah-Leugnerin Ursula Haverbeck. Er führt aus, dass sie Beweise gehabt hätte und trotzdem »verknackt« worden wäre. Im weiteren Verlauf spricht er zudem den antisemitischen Kalergi-Plan an, den man jedoch auseinandernehmen müsse. Der Kalergi-Plan, der als Verschwörungsmythos dem modernen Antisemitismus zuzuordnen ist, bezieht sich auf einen angeblichen Plan, der Beherrschung der europäischen Bevölkerung durch Jüdinnen:Juden.

Dargun, 21.10.2024

Bei einer Aktion einer Politikerin, die u. a. das Ziel hatte, mit Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen, fanden sich auch gezielt Personen aus dem rechten und verschwörungsideologischen Spektrum ein. Ein Mann erzählt dabei anwesenden Jugendlichen, dass der Holocaust eine amerikanische Erfindung sei. Amerikaner:innen hätten beispielsweise die indigene Bevölkerung ermordet. Er fügt hinzu, dass 6 Millionen Jüdinnen:Juden ermordet wurden, stellt mit den vorherigen Aussagen jedoch die Singularität der Schoah infrage.

Pasewalk, 11.11.2024

An einem Fenster einer Wohnung hängt ein Zettel mit der Aufschrift »Endlösungsalternative für Deutschland AfD?« sowie ein gelber Stern. Die Aussage spielt gezielt mit NS-Terminologie und nimmt eine Gleichsetzung und damit unangebrachte Relativierung mit der Schoah vor.



Israelbezogener Antisemitismus

Antisemitische Einstellungen können auch auf den Staat Israel projiziert werden, der dabei als ein jüdisches Kollektiv wahrgenommen wird und ihm etwa die Legitimität abgesprochen wird. Das bedeutet nicht, dass eine kritische Haltung zu israelischer Politik oder ein Engagement für die Rechte der Palästinenser:innen automatisch antisemitisch motiviert sind. Wenn jedoch in Wort und/oder Bild antisemitische Zuschreibungen und Deutungen reproduziert werden, muss das Reden über Israel als antisemitisch klassifiziert werden. Dies ist etwa der Fall, wenn israelische Militäreinsätze mit der vermeintlich »alttestamentarischen Rache« verglichen werden oder über eine »zionistische Lobby« geraunt wird, die angeblich die Weltpolitik kontrollieren würde. Das Reden über Israel ist in solchen Fällen nicht nur antisemitisch motiviert, sondern auch eine Form der Umwegkommunikation, um mindestens implizit Aussagen über Jüdinnen:Juden (im Allgemeinen) zu treffen.

Auch wenn Jüdinnen:Juden kollektiv oder als Individuen in Haftung für den Staat Israel genommen werden, muss der kritische Blick auf Israel als antisemitisch motiviert verstanden werden. Denn Jüdinnen:Juden in Deutschland sind in keinerlei Weise für die Politik Israels verantwortlich. Die Annahme, dass Jüdinnen:Juden identisch mit dem Staat Israel seien, markiert sie als Fremde. Zudem ist auch eine Absprache des Existenzrechtes Israels als antisemitisch einzuordnen, da Jüdinnen:Juden damit das Recht abgesprochen wird, in Sicherheit in einem eigenen Staat leben zu können.

Greifswald, 08.04.2024

An einem Pfahl eines Bushaltestellenunterstandes wird ein Sticker aus einem rechtsextremen Online-Versandhandel festgestellt. Auf diesem steht »Fuck You Israel« und in der Mitte befindet sich ein durchgestrichener Davidstern. Es ist davon auszugehen, dass nicht zufällig der Davidstern als Symbol für alles Jüdische statt der israelischen Flagge gewählt wurde. Es wird transportiert, dass das Judentum und Jüdinnen:Juden an sich abgelehnt respektive mit der bewussten bildlichen Anlehnung an ein Verbotsschild, verboten gehören. Der Aufkleber stellt mithin eine Umwegkommunikation dar, welche Israel als Vorwand für antisemitische Aussagen nutzt als auch eine Verschränkung von israelbezogenem Antisemitismus und antisemitischem Othering.



Lärz, 26.06.2024

Ein Sänger wirft Deutschland auf einer Bühne bei einem Musikfestival vor, dass es seit 76 Jahren »Siedlerkolonialismus« und eine »Apartheid« unterstütze. Der Vorwurf des Kolonialismus und der Apartheid dienen dazu, Israel zu delegitimieren und dämonisieren. Er spricht weiter über den dem Festival vorausgegangenen Aufruf zum Boycott. Denn im Vorhinein des Festivals hatten die Veranstalter zwei Statements zum israelisch-palästinensischen Konflikt veröffentlicht und damit - sowohl von israelsolidarischer als auch israelfeindlicher Seite - viel Kritik ausgelöst. Eine israelfeindliche Gruppe rief u.a. zum Boycott des Festivals auf, auf den sich der Sänger in seinem Statement bezieht. Er sagt weiter, dass die Veranstalter zwei beschämende Statements, welche u. a. im ersten Statement das Existenzrecht Israels als nicht verhandelbar bezeichnet hatten, gegen die »Befreiungsbewegung in Palästina« veröffentlicht hätten. Weiter führt er an, dass auch antizionistische jüdische Personen als Antisemiten bezeichnet würden und wirft »Anti-deutschen« vor, dass sie rassistische Gruppen seien, die Genozid und ein koloniales System unterstützen. Der Sänger beendet seine Rede mit »free Palestine«-Rufen.

Neubrandenburg, 02.12.2024

An einem Fenster eines leerstehenden Gebäudes wird die Schmiererei »From the River to the Sea« entdeckt. Angedeutet ist das Wort »Palestine«. Die Parole stellt das Existenzrechts Israels infrage, da sich der israelische Staat zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer befindet. In ihrer Charta stellt die islamistische Terrororganisation Hamas klar, dass sie keine Zwei-Staaten-Lösung verfolgt, sondern die vollständige Auflösung des Staates Israel anstrebt.



Antisemitisches Othering

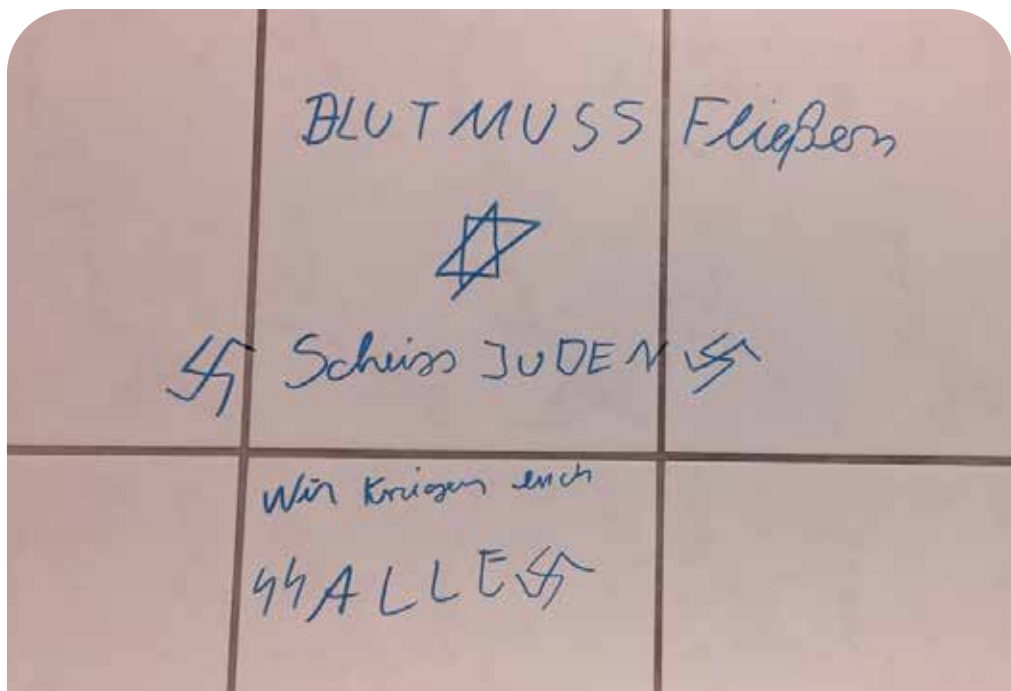
Jüdinnen:Juden mit dem Staat Israel gleichzusetzen und sie für dessen Handeln verantwortlich zu machen, ist eine besonders verbreitete Form des Otherings. Als antisemitisches Othering können alle Handlungen, Worte und Bilder bezeichnet werden, die darauf abzielen, Jüdinnen:Juden als nichtzugehörig zu markieren oder sie als Sinnbild für das Anderssein zu gebrauchen³. Jüdinnen:Juden müssen also gar nicht selbst adressiert werden. Antisemitisches Othering liegt demnach beispielsweise vor, wenn »Du Jude!« als Beleidigung genutzt wird oder Personen anderweitig als »jüdisch« bezeichnet werden, um sie abzuwerten. Beides kann beispielsweise auf Schulhöfen oder in Fußballstadien beobachtet werden.

Es gibt zudem Formen des antisemitischen Otherings, die als solche nicht immer erkannt werden. Dies ist immer dann der Fall, wenn Kollektivzuschreibungen an Jüdinnen:Juden herangetragen werden, auch wenn diese positiv gemeint sein mögen (Philosemitismus), wie etwa die Behauptung, dass Jüdinnen:Juden besonders intelligent seien. Auch hierbei handelt es sich um eine verallgemeinernde Zuschreibung, die Jüdinnen:Juden nicht mehr als Individuen wahrnimmt, sondern zuvorderst als abgrenzbare Gruppe kennzeichnet.

³ Das Othering kann daher auch als ein konstitutiver Modus verstanden werden, der die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus miteinander verbindet. Gleichwohl ist es sinnvoll, das Othering als separate Erscheinungsform aufzuführen, da hierdurch auf der Vorfallebene spezifische Phänomene erfasst und beschrieben werden können, die andernfalls nicht hinreichend sichtbar würden.

Rostock, 16.03.2024

Eine Person hört, wie ein Mann laut gegenüber Passant:innen mit denen er im Gespräch ist, äußert: »Juden sind alles Verbrecher«.



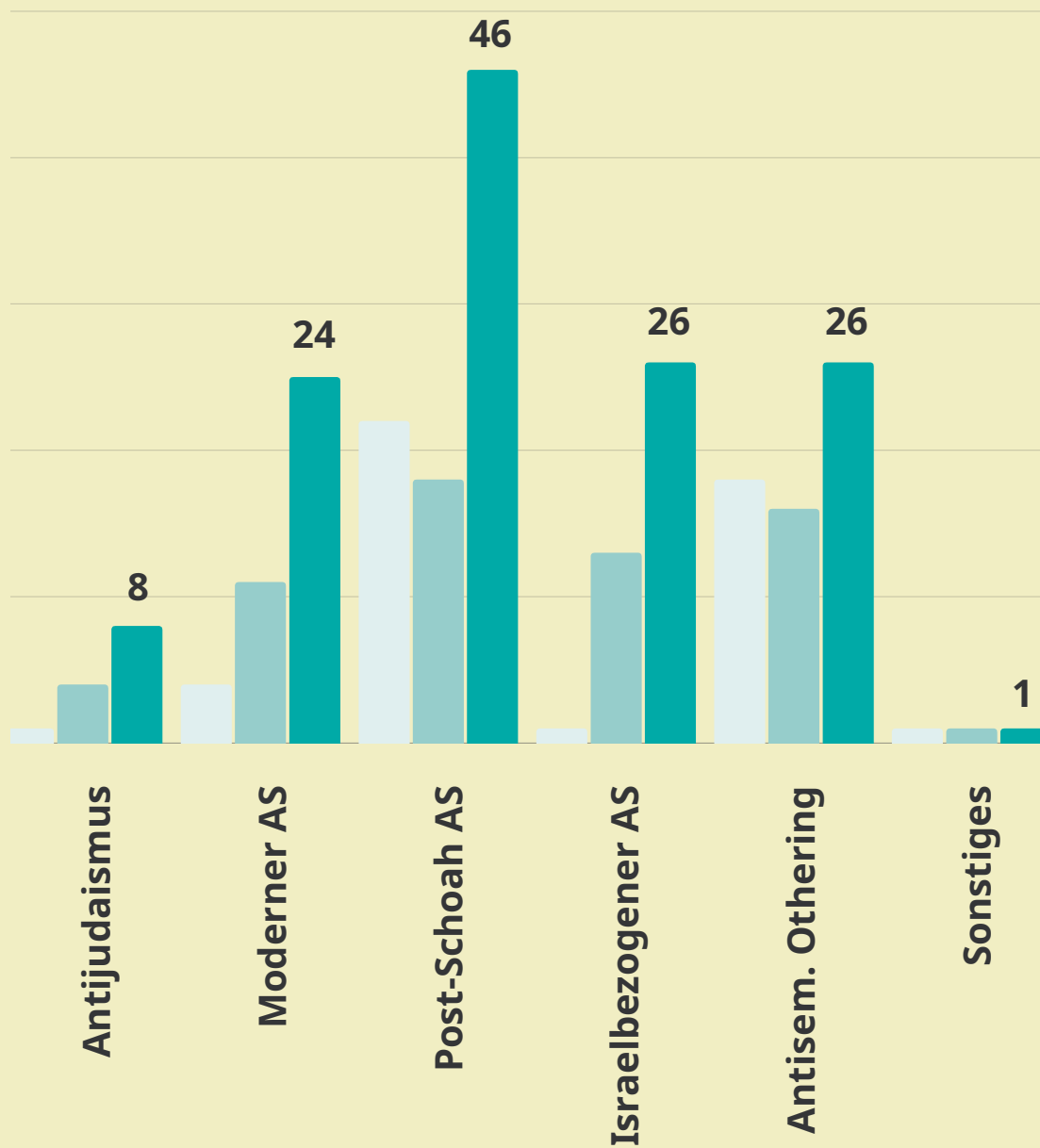
Rostock, 27.08.2024

An der Wand einer öffentlichen Toilette auf einem Friedhof, auf dem sich auch ein jüdischer Friedhof befindet, wird eine antisemitische Schmiererei entdeckt. Zu lesen ist »Blut muss fließen«, »Scheiss Juden« und »wir kriegen euch alle«. Zudem findet sich ein Davidstern zwischen »Blut muss fließen« und »Scheiss Juden«. Die Worte werden dabei von geschmierten Hakenkreuzen und einer Siegrune begleitet und bezieht sich damit auch im Sinne des Post-Schoah-Antisemitismus positiv auf die Verbrechen der Schoah.

Gesamt: 92 Vorfälle

Mehrfachzuordnungen möglich

2022 2023 2024



Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass im Jahr 2024 91 Vorfälle einer oder mehreren Erscheinungsformen zugeordnet werden konnten. Wie in den vorangegangenen Jahren der Dokumentation war der Post-Schoah-Antisemitismus die häufigste Erscheinungsform. 2024 ließ sich jeder zweite Vorfall dieser Erscheinungsform zuordnen. Nahezu konstant blieben die Anteile der anderen Erscheinungsformen, wobei diese aufgrund des allgemeinen Anstiegs an dokumentierten Vorfällen zahlenmäßig höher liegen als in den vorausgegangenen Jahren. Nachdem im vergangenen Jahr ein Anstieg des israelbezogenen Antisemitismus (2022: ein Vorfall, 2023: 13) erfasst wurde und ein Viertel der Vorfälle dieser Erscheinungsform zugeordnet werden konnte, bewegte sich diese Erscheinungsform auch 2024 mit 28 % der Vorfälle auf einem ähnlichen Niveau.

In aller Kürze

- **Vielfalt der Erscheinungsformen**

2024 konnten alle Erscheinungsformen des Antisemitismus oftmals auch kombiniert bei Vorfällen dokumentiert werden.

- **Dominanz des Post-Schoah-Antisemitismus**

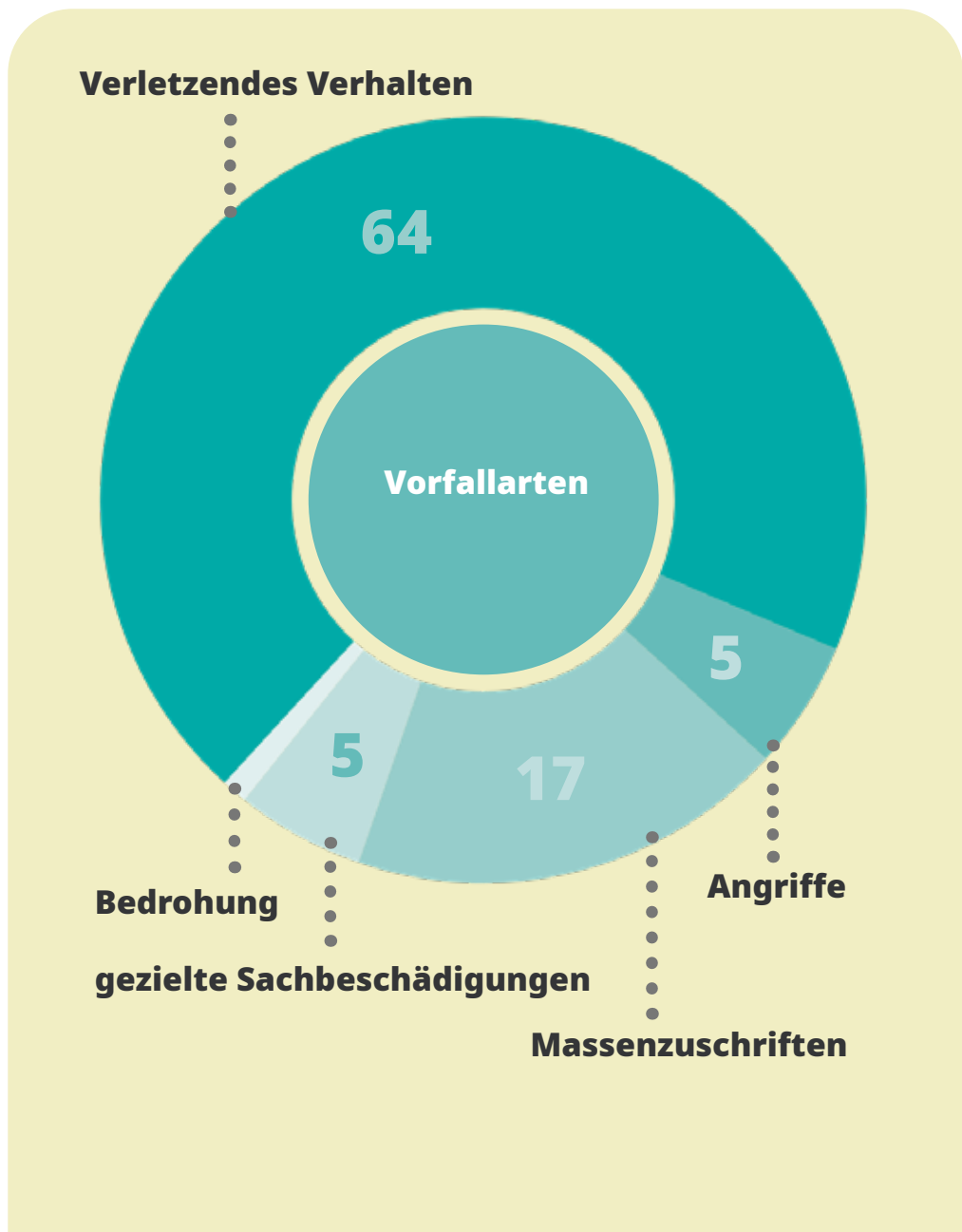
Stereotype des Post-Schoah-Antisemitismus, also der Erinnerungs- und Schuldabwehr, Bagatellisierung, Relativierung und Leugnung der Verbrechen der Schoah sowie eine affirmative Bezugnahme auf die Verbrechen, fand sich 2024 in jedem zweiten dokumentierten Vorfall.

- **Israelbezogener Antisemitismus**

Antisemitismus, der auf Israel projiziert wurde, blieb 2024 mit 28 % der Vorfälle auf einem ähnlichen Niveau wie 2023.

Vorfallarten

DIA.MV unterscheidet gemäß dem Kategoriensystem der BAG RIAS anhand von sechs Oberkategorien zwischen verschiedenen Vorfallarten, von denen die folgenden von DIA.MV 2024 dokumentiert wurden: Angriffe, Bedrohung, gezielte Sachbeschädigung, Massenzuschriften und verletzendes Verhalten.



Angriffe

Als Angriffe werden Vorfälle gewertet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. 2024 wurden von DIA.MV fünf Angriffe dokumentiert.

Schwerin, 07.06.2024

Als ein israelfeindlicher Demonstrationszug seine Route durch die Stadt läuft, wird ein Mann, der aus seinem Auto aussteigt und eine Israelfahne hält, von den Demonstrierenden mit »Free Palestine« angeschrien und es wird von einer Person aus der Demonstration in seine Richtung gespuckt.

Gezielte Sachbeschädigung

Unter einer gezielten Sachbeschädigung wird die Beschädigung oder das Beschriften jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Zudem werden hierzu auch Beschädigungen oder Verschmutzungen von Erinnerungszeichen und -orten (z.B. Stolpersteine und Gedenktafeln) oder mit ihnen verbundenen Institutionen gezählt. Für 2024 konnten fünf solcher Vorfälle dokumentiert werden, von denen vier Sachbeschädigungen an Gedenkorten darstellten.



Güstrow, 11.03.2024

Der Davidstern am Zaun des historischen jüdischen Friedhofes wird mit Gewalt umgebogen.

Löcknitz, 01.06.2024

Der Gedenkstein, der an die jüdische Gemeinde Löcknitz und deren Verfolgung erinnert, wird großflächig mit roter Farbe beschmiert.

Bedrohungen

Als Bedrohung gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt, was in einem Fall 2024 vorkam.

Schwerin, 14.09.2024

Zum Christopher Street Day (CSD) in Wismar findet eine rechts-extreme Gegenmobilisierung statt, zu der ca. 250 Personen zusammenkommen. Als die Teilnehmenden des CSD von der Polizei durch den Bahnhof begleitet werden, ruft eine Person aus der rechtsextremen Gruppe ihnen die dem Post-Schoah-Antisemitismus zuzuordnende Aussage »Ab in die Gaskammer mit euch« zu.

Verletzendes Verhalten

Verletzendes Verhalten beschreibt solche Vorfälle, bei denen antisemitische Überzeugungen (online wie offline) artikuliert werden, ohne mit einer expliziten Gewaltandrohung verbunden zu sein. Fälle verletzenden Verhaltens können konkrete Einzelpersonen, aber auch die Öffentlichkeit adressieren. Insgesamt handelte es sich 2024 bei Dreiviertel der dokumentierten Vorfälle um solche in der Kategorie des verletzenden Verhaltens. Dabei fanden nur drei dieser Vorfälle online und 61 offline statt. In 18 Fällen handelte es sich um antisemitische Äußerungen, die in einer direkten Interaktion zwischen Personen geäußert wurden.

Schwerin, 20.11.2024

Während einer Taxifahrt äußert sich der Taxifahrer gegenüber dem Fahrgast antisemitisch. Er erzählt, der Vermieter seiner Tochter sei ein Jude und Israeli, also sei es nicht verwunderlich, dass die Tochter so viel Geld für ihre Wohnung bezahlen müsse.

Demmin, 28.01.2024

Bei einer Kundgebung erinnert der Bürgermeister im Kontext des 27. Januar an die Schoah. Am Rande der Kundgebung hat sich eine kleinere Gruppe mit rechtsextremen Personen zusammen gefunden. Als der Bürgermeister von sechs Millionen ermordeten Jüdinnen:Juden spricht, ruft ein Störer aus der Gruppe deutlich hörbar »Lüge!«.

Schmierereien und Aufkleber, die ebenfalls zur Kategorie des verletzenden Verhaltens gehören, wurden insgesamt 23 Mal dokumentiert, wobei es sich teilweise um die gleichen Aufkleber an unterschiedlichen Orten handelte.

Greifswald, 22.02.2024

An einem Gebäude wird ein Graffiti festgestellt, das einen durchgestrichenen Davidstern zeigt und daneben der Text »Fuck Zionismus«. Auf einem Bauwagen in der Nähe findet sich zudem die Schmiererei »Fuck Juden!«.

Rostock, 09.07.2024

Bei der Einweihung eines Gedenksteins für eine von den Nationalsozialisten ermordete Jüdin in Rostock ruft eine vorbeigehende Person unter anderem »scheiß Gequatsche« rein, was eine gezielte Abwehr von Erinnerung darstellt.

Rostock, 27.08.2024

An einem Mülleimer auf dem Parkplatz eines Möbelhauses klebt ein Aufkleber, auf dem in der Mitte »Scheiß St. Pauli« zu lesen ist. An den Seiten findet sich jeweils das Logo des FC St. Pauli, welches mit schwarz durchgestrichen ist und sich nebendran schmale Streifen in den Farben der Deutschlandfahne anschließen. Oben und unten wird der Spruch in der Mitte eingerahmt von »Deutsche wehrt euch, geht nicht zu St. Pauli«. Der Spruch ist angelehnt an die Parole während des Nationalsozialismus »Deutsche wehrt euch, kauft nicht bei Juden«. Seit Beginn der Dokumentation werden der Meldestelle Vorfälle im Bundesland bekannt, bei denen der Verein und die Fans des FC St. Pauli als »Juden« diffamiert werden.



Rostock, 16.10.2024

In einen gesprayten Schriftzug »Antifa« werden mehrere Aussagen reingeschmiert. Neben »Remigration« und »kill linksgrün« steht auch »Das KZ soll euer Ende sein« als eine positive Bezugnahme auf die Verbrechen der Schoah, indem als politische Gegner:innen ausgemachten Personen eben jene Verbrechen gewünscht und damit die Opfer der Schoah verhöhnt werden.

Zur Kategorie des verletzenden Verhaltens zählen zudem Versammlungen im öffentlichen Raum, wenn in Redebeiträgen, Sprechchören oder durch mitgeführte Schilder und Symbole antisemitische Inhalte transportiert werden. Durch DIA.MV wurden 2024 17 Versammlungen dokumentiert, bei denen dies der Fall war. Am häufigsten waren dabei Aussagen, die dem Post-Schoah-Antisemitismus zugeordnet werden konnten (zehn), gefolgt vom modernen Antisemitismus (sechs). Bei drei Versammlungen wurden Aussagen des israelbezogenen Antisemitismus verbreitet.

Wismar, 12.02.2024

Bei einer Versammlung aus dem verschwörungsideologischen Milieu bezieht sich eine Rednerin auf die antisemitische Verschwörungserzählung, dass der Schoah-Überlebende George Soros Nicht-Regierungsorganisationen in Deutschland beeinflussen würde und bedient damit den antisemitischen Topoi, dass Jüdinnen:Juden eine besondere politische Macht hätten bzw. Kontrolle ausüben würden.

Rostock, 01.06.2024

Bei einer Veranstaltung in Warnemünde mit ca. 20 Personen der rechtsextremen »Neue Stärke Partei« unter dem Motto »Nie wieder ist jetzt« / »Was ist der Sinn von Demokratie?« trägt eine Person ein T-Shirt mit einem antisemitischen Aufdruck. Es ist zu lesen »Aus Anne wird Frank, das ist doch krank«. Dazu ist eine »traditionelle« Familie zu sehen, die unter einem Regenschirm steht und sich damit vor einem Regenbogen schützt. Die Worte »Anne« und »Frank« sind dabei farblich hervorgehoben und stellen damit eine bewusste Assoziation und Verhöhnung des jüdischen Mädchens und Opfers der Schoah Anne Frank dar.

Schwaan, 15.03.2024

Auf einer Demonstration aus dem verschwörungsideologischen Milieu wird ein Schild mit der Aufschrift: »Schluss mit dem Schuld-Kult« aufgestellt.

Teterow, 15.07.2024

Bei einer Kundgebung aus dem verschwörungsideologischen Milieu bedient ein Redner verschiedene antisemitische Topoi und äußert sich geschichtsrevisionistisch. Zudem fragt er: „Warum sind dann die Kriege weiter entstanden? Wir hatten hier den Kalten Krieg. Der Kalte Krieg war irgendwann vorbei und dann, dann haben sich die Eliten zusammengesetzt und da hinten hören auch welche zu: Wer sind denn die Eliten? Rothschilds sind die Eliten, das ist keine Verschwörungstheorie. Die Freimaurer sind in allen Ländern höher angesiedelt wie die politische Kaste, das ist keine Verschwörung.« Der Redner bedient damit eine häufige Form des modernen Antisemitismus, wobei der jüdischen Familie Rothschild eine Macht und Kontrolle über alle möglichen Bereiche unterstellt wird und damit an die antisemitische Vorstellung eines »allmächtigen Judentums« anknüpft.

Schwerin, 25.10.2024

Bei einer Demonstration mit dem Titel »Ein Jahr Völkermord – 75 Jahre Unterdrückung« fragt ein Redner »Darf man Kindermord, Apartheid, Völkermord durchgehen lassen?« Eine weitere linke, revolutionäre Gruppe erklärt in ihrem Redebeitrag u.a., dass »die Zionisten« eine »beispiellose Terrorkampagne gegen das palästinensische und libanesisches Volk« entfesselt hätten und werfen den »westlichen Medien« vor, dass diese »schamlos die israelische Barbarei« verteidigen und die eigentliche Ursache des Konflikts – »die jahrzehntelange gnadenlose Unterdrückung der Palästinenser« – ignoriert würden und bedienen sich damit einer Täter-Opfer-Umkehr.

Massenzuschriften

Antisemitische Zuschriften, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten, werden als Massenzuschriften erfasst. 2024 konnten signifikant mehr Massenzuschriften als in den Vorjahren dokumentiert werden (2022: eine, 2023, zwei, 2024: 17), was u.a. mit der Vernetzung mit Kooperationspartner:innen zusammenhing, welche diese an die Meldestelle weiterleiteten. Auch die Meldestelle selbst erhielt Massenzuschriften per E-Mail.

Schwerin, 21.02.2024

In einer E-Mail, die an mehrere Adressen einer staatlichen Institution im Bundesland geht, erläutert eine Person die These »Antisemitismus=Zionismus= Geschäftsidee«. Darin beschreibt sie unter anderem, dass »DER Nazi« sich das Modell des zionistischen Judenstaates zu eigen machte. Er hätte den »ausrottenden SIEDLER-KOLONIALISMUS (5. Mose 7, 1-2) DES Juden – inklusive DESSEN Strategie der »ethnischen Säuberung« eines militärisch eroberten und politisch annektierten LEBENS-RAUMES« praktiziert. Zudem schreibt die Person von der New World Order, einer antisemitischen Verschwörungserzählung, bei der geheimen, jüdischen Eliten angedichtet wird, sie würden eine autoritäre Weltregierung anstreben.

Obgleich die meisten Massenzuschriften online erfolgen, dokumentierte DIA.MV auch einen Vorfall, bei dem im öffentlichen Raum antisemitische Inhalte massenhaft geteilt wurden, welche zeitnah von den Ermittlungsbehörden entfernt werden konnten.

Neubrandenburg, 06.08.2024

In einem Wohnviertel werden 48 Flugblätter mit antisemitischen Aussagen an Autos verteilt. Die Flugblätter bedienen u.a. antisemitische Verschwörungsmythen.

In aller Kürze

• Anstieg der dokumentierten Vorfälle

2024 konnten insgesamt 92 antisemitische Vorfälle durch DIA.MV dokumentiert werden. Der Anstieg von knapp 77 % zum Vorjahr kann dabei nicht monokausal mit einer tatsächlichen Erhöhung antisemitischer Fälle erklärt werden, da es sich zum einen lediglich um die bekannt gewordenen Vorfälle handelt und weiterhin mit einer Dunkelziffer zu rechnen ist und zum anderen auch die Etablierung und Vernetzung der Meldestelle einen Einfluss hat.

• Gewalt gegen Personen und Sachbeschädigungen

Im Jahr 2024 wurden durch DIA.MV fünf Angriffe dokumentiert und fünf gezielte Sachbeschädigungen u.a. eines Friedhofes und an Denk- und Erinnerungsorten.

• Häufigste Vorfallart 2024

Wie in den vorangegangenen Jahren fallen die meisten Vorfälle in die Kategorie verletzendes Verhalten. Dies stellt eine Zunahme von 45 % zum Vorjahr dar. Dazu zählen bspw. neben Aussagen in direkten Interaktionen, auch Schmierereien, Aufkleber und Versammlungen im öffentlichen Raum.

• **Zunahme Massenzuschriften**

Im Jahr 2024 wurden der Meldestelle mehr Massenzuschriften bekannt als in den Vorjahren, was u.a. mit der Vernetzung dieser zusammenhängt. Die Massenzuschriften wurden vorrangig per E-Mail an große Empfänger:innenkreise adressiert.

Betroffene/nicht-Betroffene

In der Dokumentation antisemitischer Vorfälle unterscheidet DIA.MV bei Betroffenen zwischen Einzelpersonen und Institutionen. In Einklang mit der Arbeitsdefinition der IHRA können dabei neben Jüdinnen:Juden oder jüdischen Institutionen auch Einzelpersonen oder Organisationen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden. So kommt es beispielsweise vor, dass Journalist:innen, Politiker:innen, politische Gegner:innen in der konkreten Auseinandersetzung, zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien oder Bildungseinrichtungen von antisemitischen Anfeindungen betroffen sein können. Bei Vorfällen können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein. Darüber hinaus gibt es auch Vorfälle, in denen es keine direkten Betroffenen gibt. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern oder Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

17 betroffene Institutionen

2

15 betroffene Einzelpersonen

3

Zwei der Betroffenen Institutionen waren jüdisch sowie drei der Betroffenen Einzelpersonen. Bei 60 Vorfällen gab es keine direkten Betroffenen.

Im Jahr 2024 gab es insgesamt 15 direkt betroffene Einzelpersonen. Von diesen waren drei jüdisch und bei zwei der Betroffenen war dies den Personen, die sich antisemitisch geäußert respektive gehandelt haben, bekannt. Es handelte sich mithin nicht um zufällig betroffene Personen, sondern ihr Jüdischsein war für die Täter:innen der Grund antisemitisch zu handeln. Acht betroffene Personen waren nicht jüdisch, bei vier Personen liegen DIA.MV keine Informationen dazu vor, ob die betroffenen Personen jüdisch sind. Dies bewegt sich zahlenmäßig in einem ähnlichen Rahmen wie 2023. Die Vorfälle mit jüdischen Betroffenen ereigneten sich am Arbeitsplatz und im Bildungskontext, also im direkten sozialen Umfeld der Betroffenen. Dies unterstreicht, dass für Jüdinnen:Juden in Mecklenburg-Vorpommern grundsätzlich die Gefahr besteht, im Alltag antisemitisch adressiert zu werden. Gerade im sozialen Nahraum kann dies nicht nur erhebliche negative Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der potentiell Betroffenen, sondern auch auf die Möglichkeiten eines offenen Umgangs mit der eigenen jüdischen Identität haben.

Ein jüdischer Lehrer aus Mecklenburg-Vorpommern beschreibt:

»Ich habe Antisemitismus an meinem Arbeitsplatz (einer Schule) erlebt. Schülerinnen und Schüler wissen, dass ich jüdisch bin, und haben mich mit verschiedenen Aussagen sowie der Nutzung von Nazi-Symbolen provoziert. Auch weil ich Ausländer bin, musste ich mehrere Aussagen über »Remigration« und »Ausländer raus« ertragen.

Es war schwierig für mich zu sehen, dass die Schulleitung und das Kollegium dies nicht ernst genug genommen haben und insgesamt das Thema Rassismus und Antisemitismus an der Schule nicht als wichtige Priorität ansehen.

Ich weiß, dass ich auch weiterhin Antisemitismus in meinem beruflichen und privaten Leben begegnen werde.

Ich wäre dankbar, wenn ich in solchen Momenten die Unterstützung meiner Kolleginnen und Kollegen hätte, aber selbst wenn das nicht der Fall ist, weiß ich, wie ich für mich selbst eintreten kann. Dennoch mache ich mir große Sorgen um meine drei Kinder.

Ich wünsche mir, dass Lehrkräfte mutiger werden und sich dafür entscheiden, öffentlich über diese Themen zu sprechen. Ich wünsche mir auch, dass Schulleitungen verstehen, wie wichtig demokratische und humanistische Pädagogik in der Schule ist.

Ich weiß, dass meine Kinder wahrscheinlich ebenfalls Antisemitismus in der Schule erleben werden, aber wenn dies geschieht, würde ich mir wünschen, dass ihre Klassenkameraden und Lehrkräfte auf ihrer Seite stehen und sie unterstützen.«

Von antisemitischen Vorfällen waren 2024 17 Institutionen betroffen, wovon zwei jüdisch waren. Jeweils fünf betroffene Organisationen ließen sich der Zivilgesellschaft und fünf Gedenkstätten/initiativen zuordnen. Vier weitere Organisationen waren anderweitig nichtjüdisch, bei einer Organisation war eine weitere Einordnung nicht möglich. Im Vergleich zu 2023 fällt auf, dass 2024 mehr als doppelt so viele Institutionen von antisemitischen Vorfällen betroffen waren. In elf Fällen handelte es sich dabei um Massenzuschriften per E-Mail und in fünf Fällen um eine gezielte Sachbeschädigung. Obwohl bei den Massenzuschriften davon auszugehen ist, dass diese in der Regel zügig gelöscht werden, ist doch ungewiss, wen diese Inhalte erreichen und können so auch ihren Weg an die Arbeitsplätze von potentiell Betroffenen finden als auch zu einer Verbreitung der Inhalte beitragen.

In 60 Fällen gab es keine direkten Betroffenen. Herauszustellen ist jedoch, dass beispielsweise auch Propagandadelikte dazu beitragen können, antisemitische Einstellungen zu verfestigen und so in den sozialen Raum von potentiell Betroffenen getragen werden können. Nicht zuletzt können potentielle Täter:innen antisemitische Propaganda als Ermutigung zu Gewalttaten verstehen. Antisemitische Vorfälle – insbesondere solche mit hoher Gewaltintensität – können das Sicherheitsgefühl von Betroffenen nachhaltig erschüttern. Doch auch weniger drastische Erlebnisse führen nicht selten zu Verunsicherung und dem Eindruck einer latenten Bedrohung. Selbst Vorfälle ohne unmittelbar betroffene Personen tragen zur Normalisierung antisemitischer Einstellungen bei und wirken in den sozialen Raum hinein, in dem sich potenziell Betroffene bewegen – mit spürbaren Folgen für deren Alltag und Lebensrealität.

In aller Kürze

• Einzelpersonen

Insgesamt gab es 15 betroffene Einzelpersonen von antisemitischen Vorfällen 2024. Davon waren drei jüdisch und bei zwei dieser Personen war dies den Täter:innen bekannt.

• Institutionen

2024 gab es mehr betroffene Institutionen als 2023. Verstärkt waren Gedenkorte und -initiativen als auch zivilgesellschaftliche Institutionen von antisemitischen Vorfällen beispielsweise durch Massenzuschriften betroffen.

• Auswirkungen auf (potentiell) Betroffene

Antisemitische Vorfälle – insbesondere solche mit hoher Gewaltintensität – können das Sicherheitsgefühl von Betroffenen nachhaltig erschüttern. Doch auch weniger drastische Erlebnisse führen nicht selten zu Verunsicherung und dem Eindruck einer latenten Bedrohung. Selbst Vorfälle ohne unmittelbar betroffene Personen tragen zur Normalisierung antisemitischer Einstellungen bei und wirken in den sozialen Raum hinein, in dem sich potenziell Betroffene bewegen – mit spürbaren Folgen für deren Alltag und Lebensrealität.

Politischer Hintergrund



Um ein umfassendes Bild der Vorfälle zeichnen zu können, wird zwischen verschiedenen politischen Hintergründen unterschieden. Eine Zuordnung zu einem politischen Hintergrund wird vorgenommen, wenn sich dieser beispielsweise durch die Täter:innen selbst, aus den antisemitischen Inhalten oder aus dem Kontext der Situation ergibt. Nicht immer ist eine solche Zuordnung möglich, weshalb 2024 26 Vorfälle keinem politischen Hintergrund zugeordnet werden konnten.

In 66 Fällen wurde jedoch ein politischer Hintergrund erfasst. Für Mecklenburg-Vorpommern konnten 2024 die folgenden Ausprägungen festgestellt werden: rechtsextrem, verschwörungsideologisch, antiisraelischer Aktivismus, links/antiimperialistisch und christlicher Fundamentalismus.

Rechtsextrem

Wie bereits in den vergangenen zwei Jahren waren die meisten Fälle 2024 (33) in Mecklenburg-Vorpommern auf eine rechtsextreme Motivation zurückzuführen. Als rechtsextrem werden antisemitische Vorfälle kategorisiert, die mit einem rechtsextremen oder rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind Vorstellungen von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften (»Völkern«) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft.

Es ist herauszustellen, dass sich unter den Vorfällen mit einer rechtsextremen Motivation jede der dokumentierten Vorfallarten findet. Dies unterstreicht, dass sich Antisemitismus im Rechtsextremismus nicht nur auf Aussagen beschränkt, sondern sich auch in Gewalttaten äußert. Rechtsextrem motivierter Antisemitismus stellt mit der ungebrochenen hohen Gewaltaffinität mithin weiterhin die größte Bedrohung für Jüdinnen:Juden in Mecklenburg-Vorpommern dar. Zudem ließen sich die Mehrzahl der gezielten Sachbeschädigungen einem rechtsextremen politischen Hintergrund zuordnen, als ein gezielter Angriff auf jüdisches Leben als auch auf Erinnerungs- und Gedenkort. Verbreitete antisemitische Stereotype ließen sich auf Aufklebern aus rechtsextremen Versandhandeln und in Schmierereien finden und dienten der extremen Rechten als Verbreitung ihrer Inhalte im öffentlichen Raum.

Antisemitismus bildet seit jeher einen Kern der extremen Rechten. Wie Gideon Botsch (2024) festhält, bestehe die zentrale Funktion des Antisemitismus darin, »dass er sozusagen als gemeinsamer Nenner wirkt, durch den sich die verschiedenen ideologisch-weltanschaulichen Elemente des Rechtsextremismus, seine Feindbilder und Vorurteile, brechen lassen«⁴. Wie sich der Antisemitismus über die Jahrhunderte entwickelt und gewandelt hat, wurden neue Erscheinungsformen stets von der extremen Rechten übernommen und etabliert. Auch in Mecklenburg-Vorpommern konnten 2024 alle Erscheinungsformen des Antisemitismus in den Vorfällen mit einer rechtsextremen Motivation dokumentiert werden (antisemitisches Othing sieben, Antijudaismus zwei, moderner Antisemitismus sechs, israelbezogener Antisemitismus acht).

Signifikant ist dabei der Anteil an Vorfällen mit Post-Schoah-Antisemitismus. In 61 % der Vorfälle mit einer rechtsextremen Motivation ließen

⁴ Botsch, G. (2024). Antisemitismus im Rechtsextremismus: Der gemeinsame Nenner. In: Bundesverband RIAS e.V. (2024). Rechtsextremismus und Antisemitismus. S. 14. Online abrufbar unter: https://report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechsextremismus_Antisemitismus.pdf

Waren, 09.11.2024

Die Kränze und Gedenksträuße, die anlässlich des Gedenkens an die Synagoge an einem Gedenkstein niedergelegt wurden, werden mutwillig von lokalen Neonazis zerstört.

sich Inhalte und/oder Handlungen finden, die dem Post-Schoah-Antisemitismus zuzuordnen sind. Dies zeigt sich u.a. in Form von Erinnerungs- und Schuldabwehr wie beispielsweise bereits genannt in der Beschädigung von Erinnerungsorten, aber auch durch eine affirmative Bezugnahme auf die NS-Verbrechen etwa

durch das Verwenden verfassungsfeindlicher Kennzeichen. In ihrer Publikation »Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklungen und aktuelle Ausdrucksformen« stellte der Bundesverband RIAS e.V. für die Analyse von Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund von 2019 bis 2023 heraus, dass knapp zwei Drittel der bundesweit dokumentierten Vorfälle Stereotype des Post-Schoah-Antisemitismus verwendeten. Das zeige, »dass die Abwehr der Erinnerung an die Schoa und ein positives Bekenntnis zum Nationalsozialismus, aber eben auch zum NS-Verichtungsantisemitismus, für das rechtsextreme Spektrum nach wie vor eine zentrale Rolle spielen.«⁵ Dies stellt sich auf der Basis der für 2024 dokumentierten Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund für Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls entsprechend dar.

Vellahn, 11.03.2024

Auf der Straße vor einer Schule wurden mit Kreide verfassungsfeindliche und antisemitische Schmierereien entdeckt. Neben den antisemitischen Schriftzügen wurde unter anderem auch ein Hakenkreuz auf die Straße geschmiert.

⁵ Poensgen, D. (2024). Terrorismus, Polit-Aktivismus und Alltagskultur: Rechtsextreme antisemitische Vorfälle in Deutschland 2019-2023. In: ebd. S. 53.

Güstrow, 19.11.2024

An einem Pfeiler an einer Bushaltestelle befindet sich ein Aufkleber mit der Aussage »Ihr werdet uns nicht austauschen!« in Anspielung an die antisemitische und rassistische Verschwörungserzählung eines »Großen Austausch«. Zu sehen sind zudem die Farben der Reichskriegsflagge als Streifen neben der Schrift. Unter der Schrift befindet sich ein Bild eines jungen Mannes und einer jungen Frau, die der rechtsextremen Auffassung von »deutschen« Personen entsprechen. Der Sticker stammt aus einem Versandhandel eines bekannten Rechtsextremen.



Verschwörungsideologisch

In 20 Fällen konnte von DIA.MV ein verschwörungsideologischer Hintergrund dokumentiert werden. Dieser wird zugeordnet, wenn die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen im Vordergrund steht, bei denen kein anderer politischer Hintergrund dominiert und das Weltbild von Verschwörungsmythen geprägt ist. Der Glaube an Verschwörungsmythen ist jedoch nicht auf das verschwörungsideologische Milieu beschränkt, sondern stellt sich als eine vermeintlich einfache Erklärung beispielsweise gesellschaftlicher Krisen als gesamtgesellschaftliches Phänomen dar.

Die Vorfälle mit einem verschwörungsideologischen Hintergrund ereigneten sich 2024 in Mecklenburg-Vorpommern hauptsächlich im Kontext von Versammlungsgeschehen im öffentlichen Raum. Neben dem modernen Antisemitismus mit seinem verschwörungsideologischen Charakter waren zunehmend Aussagen der Erinnerungs- und Schuldabwehr zu hören, welche sich dem Post-Schoah-Antisemitismus zuordnen lassen. Zu

Teterow, 04.11.2024

Bei einer Versammlung aus dem verschwörungsideologischen Milieu verweist ein Redner auf ein Video, dass er in eine Chatgruppe gestellt hat. In diesem werden Personen zu Donald Trump und Björn Höcke befragt und äußern die Sorge, dass dann Konzentrationslager aufgemacht würden. Der Redner kommentiert: »Nee, die KZ wollten die aufmachen, um Ungeimpfte reinzustecken. Freunde, das sage ich immer wieder, vergesst das nicht! Diese Ampelregierung wollte KZs aufmachen für Ungeimpfte, Auffanglager.«

beobachtet ist, dass bei Versammlungen, welche sich aus den Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen entwickelten, 2024 zunehmend auch rechtsextreme/rechtspopulistische Aussagen Platz fanden.

Antiisraelischer Aktivismus

Zum ersten Mal wurden 2024 durch DIA.MV neun Vorfälle dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet. Diesem werden nur antisemitische Vorfälle zugerechnet, die keinem anderen politischen Hintergrund eindeutig zugeordnet werden können und bei denen eindeutig die israelfeindliche Motivation gegenüber einer politischen Positionierung, zum Beispiel im linken, rechten oder islamistischen Milieu dominiert. Unter den Vorfällen waren zwei Angriffe als auch zwei Versammlungen. Größtenteils handelte es sich um verletzendes Verhalten. Bis auf einen Vorfall fand sich bei allen Vorfällen Aussagen oder Handlungen, die sich dem israelbezogenen Antisemitismus zuordnen lassen. Aber auch moderner Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus und antisemitisches Othering waren präsent.

Lärz, 02.07.2024

An einer Wand einer Toilette auf einem Musikfestival wurde
»FCK JEW« geschmiert sowie »FCK ISRAEL«.

Links/antiimperialistisch

Als links/antiimperialistisch werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, die mit linken Positionen verbunden sind oder bei denen ein Bezug auf linke Traditionen wie etwa den (befreiungsnationalistischen) Antiimperialismus feststellbar ist, was 2024 drei Vorfälle betraf. Es handelte sich dabei um verletzendes Verhalten und eine Versammlung. Die Vorfälle wiesen ausschließlich Inhalte des israelbezogenen Antisemitismus auf.

Greifswald, 22.04.2024

An einer Bushaltestelle wird ein Aufkleber mit »Frieden und Sozialismus«, »Kampf dem Zionismus« sowie auf Arabisch »Workers and academics of Palestine / A continuous struggle on the path of national liberation« entdeckt. Zu sehen ist zudem eine Sonne, Hammer und Sichel, eine rote Fahne und eine Hand, die eine Waffe hält. Zionismus wird hier pauschal als Feindbild markiert und es wird in aggressiver Bildsprache zur Bekämpfung aufgerufen. Die Gleichsetzung des jüdischen Selbstbestimmungsrechts mit kolonialistischen oder imperialistischen Strukturen sowie die Darstellung einer bewaffneten Hand legitimieren gewaltsamen Widerstand gegen den jüdischen Staat.

Christlicher Fundamentalismus

Dem Hintergrund christlich/christlicher Fundamentalismus werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind. Das schließt fundamentalistische Spielarten des Christentums mit ein, wenn

zugleich kein anderer politischer Hintergrund dominiert. 2024 konnte DIA.MV ebenfalls erstmals einen Vorfall diesem politischen Hintergrund zuordnen.

Trotz der Darstellung verschiedener politischer Hintergründe sollte nicht die Annahme erfolgen, dass Antisemitismus lediglich ein Problem in benannten Gruppen darstellt. So konnten 28 % der Vorfälle nicht zugeordnet werden, hinter denen sich zwei Angriffe, eine Sachbeschädigung, drei Massenzuschriften und 20 Vorfälle verletzenden Verhaltens befinden. Dabei fällt auf, dass unter diesen besonders viele antisemitisches Otherring (54 %) als auch Post-Schoah-Antisemitismus (38 %) aufweisen. Das verdeutlicht, dass besonders diese Erscheinungsformen unabhängig von eindeutigen politischen Motivationen geäußert werden. Antisemitismus stellt sich mithin als ein Problem dar, welches sich nicht auf eine Gruppe beschränkt. Eine Prävention antisemitischer Einstellungen und Handlungen muss deswegen stets als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen werden.

In aller Kürze

- **Häufung rechtsextreme Motivation**

Von den antisemitischen Vorfällen, die 2024 einem politischen Hintergrund zugeordnet werden konnten, konnte die Mehrzahl einer rechtsextremen Motivation zugerechnet werden. Antisemitische Vorfälle mit rechtsextremer Motivation nehmen Bezug auf alle Erscheinungsformen des Antisemitismus, wobei am häufigsten Stereotype des Post-Schoah-Antisemitismus auftauchen.

- **Neuerung antiisraelischer Aktivismus**

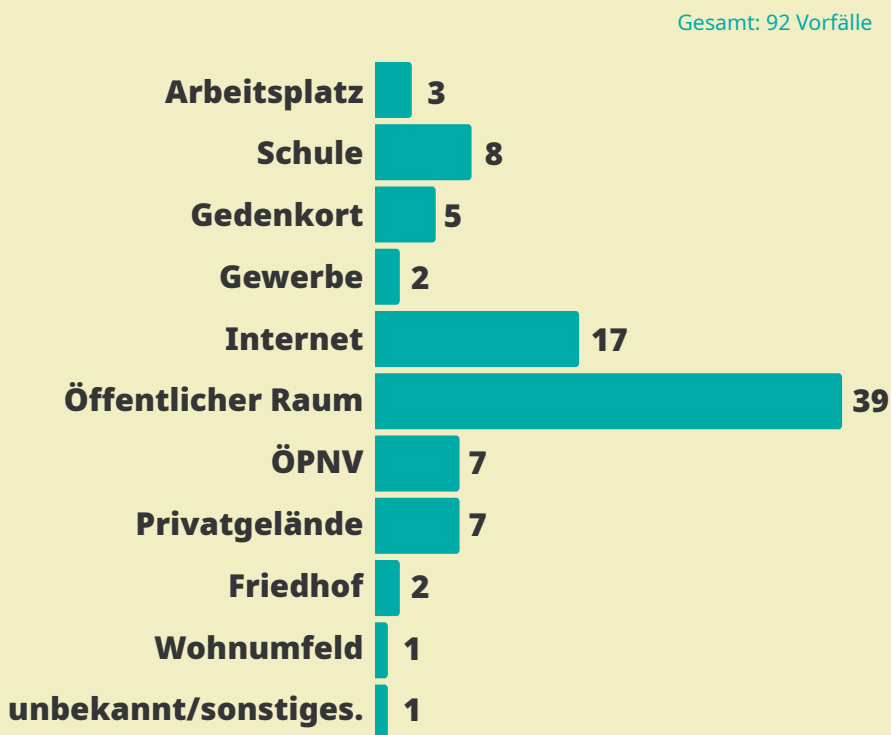
Zum ersten Mal wurden 2024 antisemitische Vorfälle dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet. Insgesamt handelte es sich um neun Vorfälle die vorrangig Topoi des israelbezogenen Antisemitismus bedienten, sich aber auch auf Inhalte des modernen Antisemitismus und des Post-Schoah-Antisemitismus bezogen sowie antisemitisches Othering betrieben.

- **Erscheinungsformen ohne erkennbaren Hintergrund**

28 % der antisemitischen Vorfälle konnten keinem politischen Hintergrund zugeordnet werden. Darunter finden sich vorrangig Vorfälle mit antisemitischem Othering (54 %) als auch mit Inhalten des Post-Schoah-Antisemitismus (38 %).

Tatorte

Antisemitismus ereignete sich 2024 in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin vorrangig in alltäglichen Situationen. Am häufigsten kommt es im öffentlichen Raum zu Vorfällen wie beispielsweise bei Versammlungen, auf der Straße und Öffentlichen Verkehrsmitteln. Bei den Vorfällen im Öffentlichen Personennahverkehr handelte es sich neben Aufklebern beispielsweise an Bushaltestellen, um Gruppen, die sich antisemitisch äußerten. DIA.MV wurden vier Vorfälle bekannt, bei denen das sogenannte U-Bahn-Lied gesungen wurde. Häufig ist es in solchen Situationen für Mitreisende besonders herausfordernd zu intervenieren, da sie sich allein mehreren Personen gegenüber sehen.



Rostock, 23.11.2024

Eine Gruppe von Hansa Rostock Fans begrüßt sich auf der Fahrt von Stralsund nach Rostock mit den Worten »Heil Hitler« und stimmt das sog. »U-Bahn-Lied« an, in welchem der antisemitische Inhalt, man baue eine U-Bahn von St.Pauli bis nach Auschwitz, gesungen wird. Das Lied ist auf der gesamten Zugfahrt zu hören, wird aber zum Ende nach Rostock mehr. Niemand im Zug interveniert, die meldende Person fühlt sich durch die Menge an Fans im Zug eingeschüchtert.

Aber auch am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld und an Gedenkortern wurden Vorfälle dokumentiert. 2024 kam es insgesamt an fünf Gedenkortern zu antisemitischen Vorfällen sowie zu zwei Vorfällen an Friedhöfen. Es lässt sich festhalten, dass damit 2024 mehr Orte mit einer Verbindung zu Jüdinnen:Juden und Judentum zum Ziel antisemitischer Vorfälle wurden als 2023. DIA.MV konnte zudem mehr Vorfälle im Internet dokumentieren, was unter anderem mit vermehrten Massenzuschriften zusammenhängt, die per E-Mail verschickt wurden.

Herauszuheben ist, dass durch die Meldestelle 2024 mehr antisemitische Vorfälle an Bildungseinrichtungen (2023 drei, 2024 acht) dokumentiert werden konnten. Quantitativ handelt es sich dabei nicht um eine drastische Steigerung, allerdings geben die Vorfälle auf einer qualitativen Ebene Aufschluss darüber, in welcher Form antisemitische Vorfälle in Bildungseinrichtungen stattfinden. Es handelte sich 2024 überwiegend um Vorfälle im Bereich des verletzenden Verhaltens u.a. um die Verwendung des Wortes »Jude« als Beleidigung, aber auch positive Bezugnahmen auf die NS-Verbrechen, offline sowie mittels Messenger-Diensten. Zudem kam es zu einem Angriff im Kontext einer Bildungseinrichtung und in einem Fall

konnte nach der Bezeichnung »oller Jude« eines Mitschülers, eine körperliche Auseinandersetzung nur durch das Eingreifen des pädagogischen Fachpersonals verhindert werden. Dies zeigt, dass sich prinzipiell auch in Bildungseinrichtungen antisemitische Aussagen und Anfeindungen ereignen können. Besonders das pädagogische Fachpersonal ist dann gefragt, zu intervenieren und besonders die Bedarfe der betroffenen Kinder und Jugendlichen, aber auch der Kolleg:innen zu berücksichtigen.

Die Zahlen für 2024 verdeutlichen erneut, dass antisemitische Vorfälle in Mecklenburg-Vorpommern prinzipiell überall und vor allem in alltäglichen Situationen und an gewöhnlichen Orten auftreten können. Sie unterstreichen damit einmal mehr den tiefgreifenden alltagsprägenden Charakter von Antisemitismus.

In aller Kürze

• Antisemitismus in alltäglichen Situationen

Antisemitische Vorfälle ereigneten sich 2024 hauptsächlich in alltäglichen Situationen wie auf der Straße, am Arbeitsplatz, in Bildungseinrichtungen, im ÖPNV.

• Alltagsprägender Charakter für Betroffene

Für potentiell Betroffene stellen sich antisemitische Vorfälle auch 2024 in Mecklenburg-Vorpommern als ein alltagsprägendes Problem dar. Jüdinnen:Juden können potentiell in jeder Situation mit Antisemitismus konfrontiert werden, was erhebliche Auswirkungen auf den eigenen Umgang mit einer sichtbaren jüdischen Identität haben kann.

• Dunkelfelderhellung im Bildungsbereich

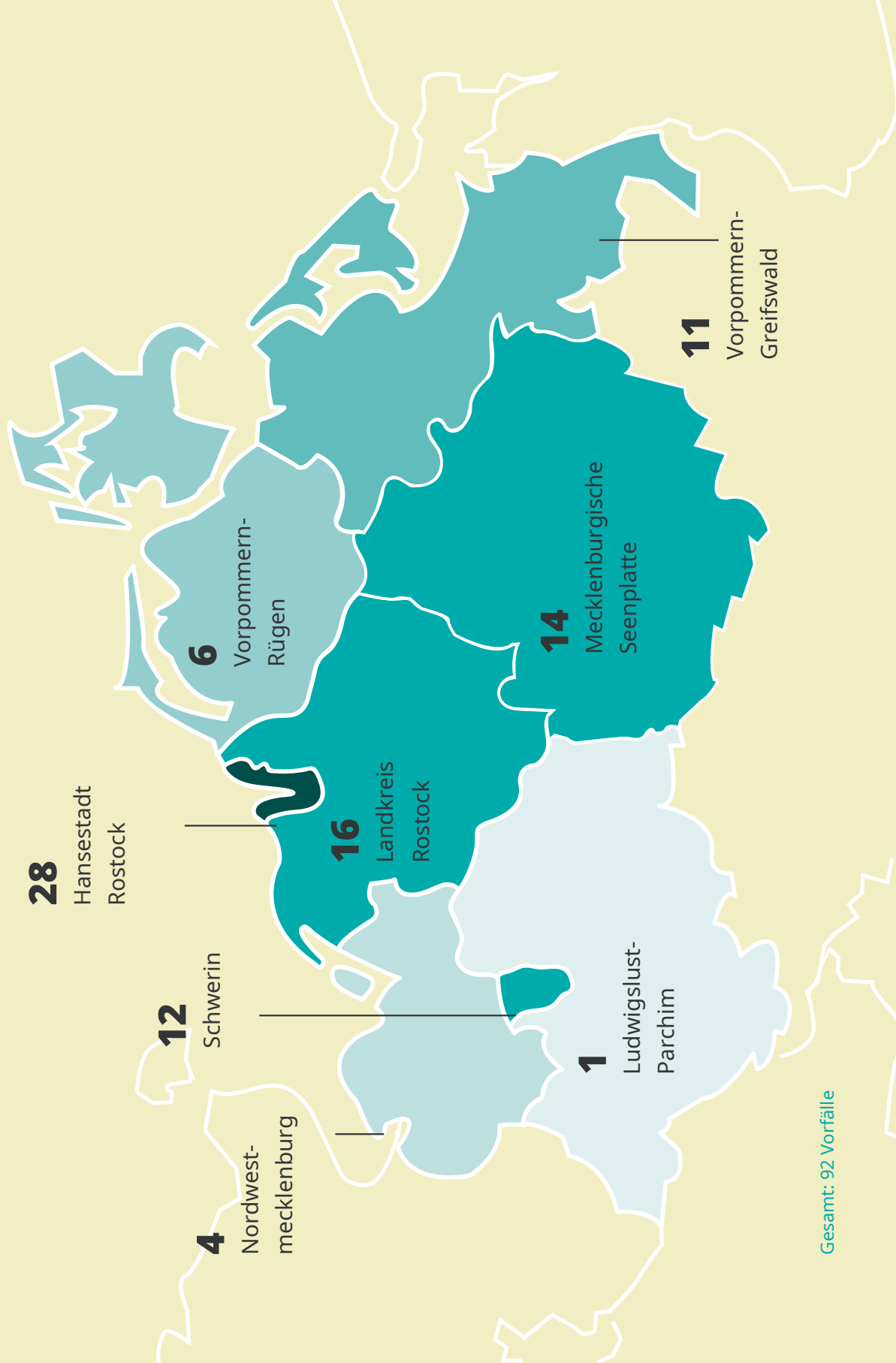
2024 konnten durch DIA.MV insgesamt acht Vorfälle im Kontext mit Bildungseinrichtungen dokumentiert werden. Dies gibt erste Hinweise darauf, in welcher Form es in Mecklenburg-Vorpommern zu antisemitischen Vorfällen in Bildungseinrichtungen kommt.

Regionale Verteilung

Im Jahr 2024 dokumentierte DIA.MV in jedem Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern antisemitische Vorfälle. Regionale Schwerpunkte bildeten erneut die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, aber auch der Landkreis Rostock und die Mecklenburgische Seenplatte. Die Häufung der Vorfälle in urbanen Räumen wie der Hanse- und Universitätsstadt Rostock bedeutet nicht zwingend, dass sich dort grundsätzlich mehr antisemitische Vorfälle ereignen. Jedoch bedingen die Gegebenheiten urbaner Räume wie beispielsweise eine höhere Dichte an Bildungs-, Kultur-, Religionseinrichtungen und politischen Angeboten als auch mehr Personen, die im öffentlichen Raum aufeinandertreffen, Anlässe, in denen es zu antisemitischen Äußerungen und Handlungen kommen kann.

Für die gestiegenen Vorfallzahlen im Landkreis Rostock und in der Mecklenburgischen Seenplatte können als Erklärungsansätze eine stärkere Vernetzung seitens der Meldestelle mit lokalen Partner:innen als auch eine ausgebaut proaktive Recherche genannt werden.

Grundsätzlich gilt es bei der Aufschlüsselung nach Landkreisen jedoch zu berücksichtigen, dass zum derzeitigen Projektstand noch keine belastbaren Einschätzungen über etwaige signifikante Unterschiede zwischen den Landkreisen formuliert werden können. Mit zunehmender Etablierung der Meldemöglichkeit für antisemitische Vorfälle soll sukzessive das Dunkelfeld im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern erhellt und die Möglichkeit für evidente Einschätzungen zu den verschiedenen Landkreisen geschaffen werden. Die hier dargestellten Zahlen sollten daher nicht den Schluss zur Folge haben, dass Antisemitismus nur ein Problem einzelner Landkreise sei.



Gesamt: 92 Vorfälle

In aller Kürze

• Antisemitismus in urbanen Räumen

Die meisten antisemitischen Vorfälle konnten wie in den vergangenen Jahren in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock dokumentiert werden. Dies bedingt sich unter anderem durch die infrastrukturellen Begebenheiten einer Großstadt.

• Dunkelfelderhellung

Im Landkreis Rostock als auch in der Mecklenburgischen Seenplatte konnte das Dunkelfeld sukzessive durch DIA.MV erhellt werden, was mit einer Zunahme an dokumentierten Vorfällen für 2024 einherging.

• Kein Landkreis spezifisches Problem

Trotz einer Aufschlüsselung nach Landkreisen bleibt Antisemitismus und seine Bekämpfung eine Aufgabe für das gesamte Bundesland und es handelt sich nicht um ein spezielles Problem einzelner Landkreise.

Zusammenfassung

Die Dokumentations- und Meldestelle DIA.MV registrierte im Jahr 2024 insgesamt 92 antisemitische Vorfälle. Dies entspricht 77 % mehr Vorfällen als im Vorjahr und stellt damit einen Anstieg dar. Der Anstieg ist jedoch nicht ausschließlich als Ausdruck einer realen Zunahme antisemitischer Aktivitäten zu interpretieren. Vielmehr muss sie vor dem Hintergrund der fortschreitenden Etablierung der Dokumentationsstelle selbst als auch einer gesteigerten Sensibilisierung der Personen gesehen werden, die mit der Meldestelle in Kontakt traten. Hierfür spricht, dass erneut deutlich mehr Vorfälle als im Vorjahr an DIA.MV gemeldet wurden.

Das Jahr 2024 muss zudem im Kontext der Entwicklungen seit dem 7. Oktober 2023 und dem Terrorangriff der Hamas auf Israel, bei dem über 1200 israelische Zivilist:innen brutal ermordet und weitere 240 in den Gaza-Streifen verschleppt wurden, gesehen werden. Bereits 2023 konnte DIA.MV in den Monaten nach dem Angriff eine Zunahme an Vorfällen verzeichnen. Auch 2024 war diese Tendenz spürbar und legt nahe, dass die entstandene Gelegenheitsstruktur, sich generell antisemitisch zu betätigen, auch in Mecklenburg-Vorpommern anhält. Für Jüdinnen:Juden in MV sind die Folgen des 7. Oktobers und andauernden Krieges weiterhin spürbar. So berichten Jüdinnen:Juden unter anderem von einem gestiegenen Gefühl der Unsicherheit vor allem im öffentlichen Raum.

Wie bereits in den Vorjahren handelte es sich bei dem Post-Schoah-Antisemitismus um die am häufigsten auftretende Erscheinungsform, welcher antisemitische Narrative in Form der Relativierung, Leugnung oder Bagatellisierung der Verbrechen der Schoah sowie eine positive Bezugnahme auf diese umfasst. Des Weiteren stellen sich das antisemitische Othering und Formen des modernen, mithin verschwörungsideologischen Antisemitismus als vergleichsweise relevante Erscheinungsformen dar.

Beachtenswert ist darüber hinaus die Fortsetzung des Trends eines vermehrt dokumentierten israelbezogenen Antisemitismus, der im letzten Quartal 2023 dokumentiert wurde. Verhältnismäßig blieb er auf einem ähnlichen Niveau wie 2023 (von 25 % im Jahr 2023 auf 28,3 % im Jahr 2024), durch den insgesamt Anstieg an Vorfällen stellt sich allerdings eine Steigerung der absoluten Zahlen dar (13 Vorfälle mit israelbezogenem Antisemitismus 2023, 26 Vorfälle im Jahr 2024). Diese Entwicklung verweist mitunter auf eine wachsende gesellschaftliche Sensibilität gegenüber israelbezogenem Antisemitismus, aber auch auf eine erhöhte Bereitschaft, entsprechende Aussagen als antisemitisch zu benennen und zu melden.

Die Analyse der Vorfallarten 2024 ergibt, dass wie in den Vorjahren die Mehrzahl der dokumentierten Fälle als verletzendes Verhalten einzuordnen ist. Insgesamt 64 Vorfälle fielen in diese Kategorie, wobei der größte Teil auf Propagandataten entfiel – etwa durch antisemitische Schmiereien, Aufkleber, Plakate oder Redebeiträge im öffentlichen Raum. Diese Form der antisemitischen Äußerungen und Handlungen ist für die Täter:innen meist niedrigschwellig und dabei oftmals mit geringen Risiken verbunden, kann jedoch eine hohe Reichweite haben und im schlimmsten Fall für andere als Legitimation für Gewalttaten dienen. Außerdem trägt sie maßgeblich zur Verunsicherung potentieller Betroffener bei, wenn antisemitische Inhalte auf diesem Weg in den Sozial- und Nahraum gelangen.

Eine deutliche Zunahme dokumentierte die Meldestelle zudem bei antisemitischen Massenzuschriften, welche nicht nur online per E-Mail, sondern in einem Fall auch ausgedruckt verteilt wurden, was zeigt, dass Täter:innen durchaus auch eine hohe Motivation aufwenden, um ihre antisemitischen Ansichten zu verbreiten. Besonders durch Massenzuschriften per

E-Mail besteht für Jüdinnen:Juden in Mecklenburg-Vorpommern die Gefahr, dass antisemitische Inhalte auf diesem Weg an ihren Arbeitsplatz gelangen.

2024 dokumentierte DIA.MV darüber hinaus fünf physische Angriffe sowie fünf gezielte Sachbeschädigungen, u.a. an einem jüdischen Friedhof und Erinnerungsorten, die als eine Zunahme gezielter Aggression verstanden werden können. Besonders schwer wiegen dabei Vorfälle mit direkten Betroffenen. Insgesamt 15 Einzelpersonen und 17 Institutionen waren 2024 betroffen von antisemitischen Vorfällen. Von den drei jüdischen Betroffenen war bei der Mehrheit den Täter:innen die jüdische Identität bekannt und sie wurden aufgrund dessen explizit als Jüdin:Jude adressiert und angefeindet. Dies kann erhebliche Auswirkungen auf den offenen Umgang mit der eigenen jüdischen Identität und die Sichtbarkeit von jüdischem Leben in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern stellt sich auch 2024 als ein milieuübergreifendes Problem dar. Es lässt sich festhalten, dass von jenen Vorfällen, die einem politischen Hintergrund zugeordnet werden konnten, die Mehrzahl eine rechtsextreme Motivation aufzeigten. Diese Vorfälle nehmen Bezug auf alle Erscheinungsformen des Antisemitismus, wobei am häufigsten Stereotype und Handlungen des Post-Schoah-Antisemitismus auftauchen. Auch Feindmarkierungen unter der Verwendung einer affirmativen Bezugnahme auf NS-Verbrechen konnten durch DIA.MV 2024 dokumentiert werden, welche u.a. in Verschränkung mit anderen Formen der Diskriminierung auftraten (näheres dazu im Fokuskapitel zu Intersektionalität).

Herauszustellen bleibt auch die anhaltende ideologische Überschneidung antisemitischer Aussagen mit verschwörungsideologischen und rechts-

extremen Narrativen. Insbesondere im Umfeld der fortbestehenden Versammlungen, die sich aus den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen etablierten, sind antisemitische Topoi weiterhin präsent. Vermehrt stehen dabei klassisch rechtsextreme Äußerungen neben Bezügen auf antisemitische Verschwörungsmymen, aber auch ablehnende Haltungen gegen die Erinnerungskultur und in einem Fall eine Solidarisierung mit einer bekannten Schoah-Leugnerin. Obgleich die Versammlungen weniger Zulauf erfahren als noch in den Vorjahren, tragen sie weiterhin Antisemitismus in den öffentlichen Raum und zu einer gefährlichen Normalisierung auch rechtsextremer Aussagen bei.

2024 ordnete DIA.MV neun Vorfälle dem antiisraelischen Aktivismus zu. Es handelte sich bei diesen Vorfällen jedoch nicht ausschließlich um israelbezogenen Antisemitismus, sondern es kamen in den Vorfällen auch Elemente des modernen Antisemitismus, Post-Schoah-Antisemitismus und des antisemitischen Otherings vor. Anders als in anderen Bundesländern hat sich in Mecklenburg-Vorpommern jedoch kein ähnlich dynamisches israelfeindliches Versammlungsgeschehen entwickelt.

Von den dokumentierten Vorfällen konnten 28 % keinem politischen Hintergrund zugeordnet werden, was unterstreicht, dass Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern nicht auf vermeintliche politische Ränder beschränkt ist.

Antisemitische Vorfälle ereigneten sich 2024 überwiegend in alltäglichen Kontexten – im ÖPNV, auf der Straße, in Bildungseinrichtungen oder am Arbeitsplatz. Besonders hervorzuheben ist dabei die zunehmende Sichtbarkeit antisemitischer Vorfälle im Bildungsbereich in Mecklenburg-Vorpommern, in dem acht dokumentierte Fälle erste Hinweise auf antisemitische Dynamiken innerhalb von Bildungseinrichtungen geben. Die

alltagsprägende Wirkung solcher Vorfälle für potentiell Betroffene darf nicht unterschätzt werden. Auch Vorfälle ohne direkte Betroffene können durch ihre öffentliche Wirkung zu Verunsicherung führen, antisemitische Stereotype festigen und demokratische Werte bedrohen.

Besonders im schulischen Kontext, wo mitunter bereits rechtsextreme und andere menschenverachtende Aussagen geteilt und diesen entgegengetreten werden muss, ist es entscheidend Antisemitismus auch aus einer intersektionalen Perspektive zu betrachten. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit Antisemitismus aus einer intersektionalen Perspektive in Mecklenburg-Vorpommern findet sich im Fokuskapitel.

Resümierend bleibt festzuhalten, dass Antisemitismus auch im Jahr 2024 ein in der Gesellschaft verankertes Problem in Mecklenburg-Vorpommern darstellt. Er zeigt sich in unterschiedlichen Ausdrucksformen, über verschiedene gesellschaftliche Gruppen hinweg und in alltäglichen Situationen. Eine konsequente Benennung von Antisemitismus und entschlossenes Entgegenreten bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in Mecklenburg-Vorpommern.

**Fokuskapitel:
Intersektionale
Verschränkungen**

Antisemitismus ist selten ein isoliertes Phänomen. Vielmehr zeigt sich in einer Vielzahl der dokumentierten Vorfälle eine Verschränkung mit weiteren Diskriminierungsformen. Diese intersektionalen Dynamiken können verschiedene Erscheinungsformen annehmen und betreffen insbesondere Personen, die gesellschaftlich mehrfach marginalisiert sind. Die Erfahrung von Antisemitismus überlagert sich in solchen Fällen mit anderen Diskriminierungsachsen – etwa Rassismus, Queerfeindlichkeit oder Sexismus.

Die Analyse der im Berichtsjahr 2024 durch DIA.MV dokumentierten intersektionalen Vorfälle zeigt, dass diese Art von Mehrfachdiskriminierung eine konstante Struktur antisemitischer Realität darstellt. Sie verändert nicht nur die Wahrnehmung des jeweiligen Vorfalls, sondern beeinflusst auch, wie diese gesellschaftlich eingeordnet und bearbeitet werden. In intersektionalen Konstellationen kann es vorkommen, dass antisemitische Aspekte eines Vorfalls in der öffentlichen oder institutionellen Wahrnehmung hinter anderen Diskriminierungsformen zurücktreten und dadurch nicht klar benannt werden.

Um ein umfassenderes Bild der intersektionalen Dynamiken im Land zu erhalten, wurden im Rahmen dieses Berichts mehrere Antidiskriminierungs- und Fachberatungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern gezielt befragt. Ihre Einschätzungen und Erfahrungen sind in die nachfolgenden Analysen eingeflossen und ergänzen die dokumentierten Vorfälle um praxisnahe Perspektiven aus der Beratungsarbeit.

Im Jahr 2024 wurden in Mecklenburg-Vorpommern 13 antisemitische Vorfälle mit intersektionaler Dimension dokumentiert. Der Anteil solcher Vorfälle blieb im Vergleich zum Vorjahr auf einem ähnlichen Niveau (12 Vorfälle 2023). Die häufigste Verschränkungsform trat in Kombination mit rassistischen Ausdrucksformen auf (69 % der intersektionalen Fälle). Be-

reits seit Beginn der Dokumentation antisemitischer Vorfälle durch die zivilgesellschaftliche Meldestelle können Vorfälle in Verschränkung mit Rassismus dokumentiert werden. So etwa 2022 in Prerow, wo auf einem Werbeschild »Scheiss Juden u. Russen« geschmiert wurde oder 2023 bei einem Fußballspiel zwischen Hansa Rostock und St. Pauli, bei der zwei Personen, die einer rechtsextremen Fangruppierung zugeordnet werden können, im Heimbereich fortwährend den Landser-Song »Wiedermal kein Tor für Türkiyemspor« sangen. Besonders laut betonten sie dabei die Zeile »Schiedsrichter Jude, das war Foul, und nach dem Spiel da gibts auf's Maul«. Immer wieder und so auch 2024 konnten zudem Vorfälle dokumentiert werden, in denen sich auf Verschwörungsmythen bezogen wird, die sowohl antisemitisch als auch rassistisch sind wie beispielsweise die Erzählung des »Großen Austausch«. Der Verschwörungsmythos beinhaltet die antisemitische Annahme, dass eine angebliche jüdische Macht Pläne schmieden würde, um eine mutmaßlich europäische »Stammbevölkerung« durch Migrant:innen zu ersetzen.

In den meisten dieser Fälle, wie beim »Großen Austausch«, lassen sich rechtsextreme Weltbilder als ideologischer Hintergrund erkennen. Antisemitismus tritt hier nicht isoliert auf, sondern ist eingebettet in ein umfassenderes ideologisches Gefüge gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dies erschwert oftmals die klare Einordnung und Benennung antisemitischer Motive – sowohl durch die Öffentlichkeit als auch durch Institutionen. Für Betroffene stellt dieser Umstand zuweilen eine hohe Hürde dar. Die Beratungsstelle AntiRaktiv schreibt dazu: **»Das größte Hindernis besteht unserer Erfahrung nach darin, dass die meisten Klient*innen gar nicht (oder erst später, nachdem sie ähnliche Fälle erlebt haben) erkennen, dass sie diskriminiert wurden. Sie denken, dass dies in Deutschland normal ist, sie müssen damit leben. Sie sind sich ihrer Rechte nicht bewusst und wissen**

nicht, was sie dagegen tun können.« In Mecklenburg-Vorpommern besteht die jüdische Community zu einem großen Teil aus Migrant:innen, vor allem aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, aber auch aus Israel. Wie beispielsweise ein jüdischer Lehrer aus dem Bundesland beschreibt, ist er auch mit Aussagen wie »Ausländer raus« oder »Remigration« konfrontiert (siehe Kapitel »Auswertung 2024: Betroffene«, S. 54 ff.). Jüdinnen:Juden im Bundesland können mithin auch auf dieser Ebene von einer Mehrfachdiskriminierung betroffen sein.

Ein weiterer signifikanter Anteil der dokumentierten intersektionalen Vorfälle 2024 (23,1 %) steht im Zusammenhang mit queerfeindlichen Kontexten. Besonders deutlich wurde dies bei einer Gegenveranstaltung zum Christopher Street Day (CSD), bei der aus dem Umfeld der Gegendemonstration in Richtung der Teilnehmenden Vernichtungsrufe wie »Ab in die Gaskammer mit euch!« geäußert wurden. Diese Form der Gewaltandrohung stellt eine doppelte Entmenschlichung dar: Sie richtet sich einerseits queerfeindlich gegen die Sichtbarkeit und Selbstbestimmung queerer Menschen, andererseits stellt sie über die Referenz auf NS-Vernichtungspraktiken eine antisemitische Gewaltfantasie her, die bewusst an die Schoah anknüpft. Dies zeigt sich auch in einer antisemitischen Grafik der »Jungen Nationalisten«, die in Form eines Aufklebers bereits 2022 an unterschiedlichen Orten im Bundesland dokumentiert wurde und 2024 bei einer Versammlung der rechtsextremen »Neue Stärke Partei« in Rostock als T-Shirt-Aufdruck erkannt wurde. Dabei handelt es sich um eine Abbildung einer »traditionellen« Familie, die unter einem Regenschirm steht und sich damit vor einem Regenbogen »schützt«. Dazu der Spruch: »Aus Anne wird Frank, das ist doch krank«, wobei die Worte »Anne« und »Frank« farblich hervorgehoben sind. Die Ablehnung von queeren Identitäten und besonders von der Selbstbestimmung von trans* Personen wird dabei mit einer Verhöhnung des Schoah-Opfers Anne Frank verknüpft.

In einer Vielzahl der von DIA.MV dokumentierten intersektionalen Vorfälle wird deutlich: Rechtsextreme Ideologie fungiert als zentrale ideologische Klammer, in der verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – insbesondere Antisemitismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit – systematisch miteinander verschränkt werden. Dieses ideologische Zusammenspiel ist kein Zufall und auch keine bloße Ansammlung von Einzelaspekten, sondern Ausdruck eines geschlossenen, autoritär-nationalistischen Weltbildes, das auf Hierarchisierung, Ausgrenzung und Vernichtung zielt. Dabei nimmt der Antisemitismus im rechtsextremen Denken eine tragende Rolle ein: Er dient als ideologisches Fundament, das die Feindbilder orchestriert. Jüdinnen und Juden werden in dieser Logik als vermeintlich übermächtige Drahtzieher:innen imaginiert, die hinter gesellschaftlichem Wandel, Diversität und Emanzipation stünden – ein klassisches verschwörungsideologisches Motiv. So richtet sich die Wut nicht nur gegen queere oder migrantische Personen als »sichtbare Symptome« gesellschaftlicher Veränderung, sondern gegen ein antisemitisch überhöhtes Feindbild, das als deren angebliche Ursache ausgemacht wird. In Mecklenburg-Vorpommern warnt die Beratungsstelle für Betroffene von rassistischer, antisemitischer, queer- und transfeindlicher Gewalt (LOBBI e.V.) vor einer weiteren Zunahme von Angriffen, durch ein zunehmendes Dominanzgebaren und Selbstbewusstsein extrem rechter Täter:innen aus der vermeintlich gesellschaftlichen Mitte.

Auch im Bereich antifeministischer Vorfälle weist die Meldestelle Antifeminismus/Lola für Demokratie e.V. darauf hin, dass sich Antisemitismus mit anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit strukturell verschränkt. Insbesondere wird beobachtet, dass sich antisemitische Narrative in antifeministische Diskurse einfügen, wodurch sich gemeinsame Feindbilder und argumentative Muster herausbilden. Diese ideologischen Verknüpfungen stärken sich gegenseitig und dienen dazu, gesellschaftliche Gruppen, die

sich für Gleichstellung und Minderheitenrechte einsetzen, zu delegitimieren und anzugreifen. Die Beratungsstelle hebt hervor, dass diese ideologische Verschränkung kein Randphänomen sei, sondern systematisch von verschwörungsideologischen und rechtsextremen Akteur:innen genutzt werde. Diese Muster dienen der Rechtfertigung von Angriffen auf Gleichstellungspolitik und Minderheitenrechte und verschärfen zugleich antisemitische Ressentiments.

Diese Einschätzungen decken sich mit aktuellen bundesweiten Befunden: So zeigt ein Bericht des Bundesverbands RIAS e.V. (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) zur Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023, dass antisemitische Gewaltfantasien gezielt mit sexualisierten Bedrohungen, Misogynie und geschlechterfeindlichen Ressentiments verbunden wurden⁶. Die Analyse verdeutlicht, dass Jüdinnen in besonderer Weise zum Ziel dieser verschränkten Feindbilder werden und dies auch in Deutschland Relevanz besitzt. Auch in Mecklenburg-Vorpommern kam es nach dem 7. Oktober 2023 zu einem Vorfall in Rostock, bei dem eine Person, die in der Straßenbahn bei antisemitischen Aussagen intervenierte, als »Judenfotze« beschimpft wurde.

Auch im Bereich der Beratungs- und Bildungsarbeit ist der Bedarf an intersektionaler Sensibilisierung hoch. Die genannten Beratungsstellen verweisen darauf, dass Ratsuchende zunehmend Unsicherheiten äußern, wie sie Erfahrungen, die sowohl Antifeminismus als auch Antisemitismus betreffen, einordnen können. Zugleich melden Betroffene einen Bedarf an solidarischen Räumen und Projekten, die alle Diskriminierungsformen gleichermaßen ernst nehmen – insbesondere für Personen mit mehrfachen Zugehörigkeiten, wie etwa queere jüdische Menschen.

⁶ Befragte Stellen: Antidiskriminierungsbüro Schwerin & Ludwigslust-Parchim; Antidiskriminierungsarbeit und -beratung für Greifswald & Vorpommern-Rügen; Antidiskriminierungsstelle Anklam; AntiRaktiv – Aktiv gegen (Alltags-) Rassismus! Empowerment, Beratung und Bildung; Meldestelle Antifeminismus/ Lola für Demokratie e.V.

Ein zentrales Element sei daher der Ausbau fachspezifischer Fortbildungen, die antisemitische Narrative im Kontext von Mehrfachdiskriminierung stärker herausarbeiten. Diese Notwendigkeit der intensiveren Arbeit zu diesem Thema hebt auch die communitybasierte Beratungsstelle AntiRaktiv hervor: *»Schulungen und Fortbildungen zu diesem Thema [halten wir] für sehr wichtig. Wir halten es auch für sehr wichtig, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die mehr Erfahrung und Daten zu diesem Thema haben. Es ist wichtig, dass Berichte und genaue Statistiken die Bedeutung der intersektionalen Diskriminierungsarbeit widerspiegeln.«* Notwendig sei zudem mehr Wissen über heterogene Akteursgruppen und deren konkrete Praxen. Für Betroffene ist laut Beratungsstellen besonders wichtig, niedrighschwellige Meldestrukturen, klare Kommunikation über Zuständigkeiten sowie ein breites Unterstützungsnetzwerk bereitzustellen.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen intersektionale Vorfälle im schulischen Bereich. Hier wird deutlich, dass Antisemitismus in der Verschränkung mit weiteren Diskriminierungsformen oft nicht als solcher erkannt oder benannt wird. Bildungseinrichtungen fungieren jedoch als zentrale Räume gesellschaftlicher Auseinandersetzung und sozialer Prägung. Das Verständnis zu intersektionalen Perspektiven kann dazu beitragen, antisemitische Vorfälle in ihren komplexen Zusammenhängen besser zu erkennen und sensibel darauf zu reagieren. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass solche Konstellationen mitunter schwer zu erfassen sind – insbesondere, wenn sie nicht den bekannten Erscheinungsformen von Antisemitismus entsprechen. Unterstützende Angebote zur Sensibilisierung und Fortbildung sowie eine kontinuierliche fachliche Begleitung können dazu beitragen, Handlungssicherheit im Umgang mit diesen Herausforderungen zu stärken.

Auch Politik und Zivilgesellschaft stehen in der Verantwortung, intersektionale Formen von Antisemitismus konsequent mitzudenken. Das be-

deutet: Förderstrategien, Gedenkpolitik, Präventionsmaßnahmen und politische Bildungsarbeit dürfen nicht eindimensional auf einzelne Diskriminierungsachsen fokussieren. Stattdessen braucht es ein ganzheitliches Verständnis von Bedrohungslagen, das die Komplexität antisemitischer Wirklichkeit in mehrfach marginalisierenden Kontexten ernst nimmt. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen Antisemitismus engagieren, müssen darin gestärkt werden, auch intersektionale Dimensionen sichtbar zu machen. Dies gilt insbesondere für Kontexte, in denen antisemitische Inhalte in Verbindung mit rassistischen, queerfeindlichen oder sexistischen Ausdrucksformen stehen. Nur durch eine solche Perspektivenerweiterung kann Antisemitismus in all seinen Facetten erkannt, benannt und wirksam bekämpft werden.

Das Antidiskriminierungsbüro Schwerin und Landkreis Ludwigslust-Parchim bemerkt zur Stellung der Intersektionalität im Land: *»Intersektionale Diskriminierungserfahrungen müssen deutlich sichtbarer werden, wenn über die Lage zu Diskriminierungen in MV oder in Deutschland gesprochen wird. Das konstruierte und realitätsferne Bild von nach innen homogenen »Merkmals-Gruppen« aufzubrechen, gelingt besser mit einem intersektionalen Blick, der differenziertere Dynamiken und Strukturen von Diskriminierung erst sichtbar macht. Ansonsten tauchen diese in der Darstellung von Einzel-Merkmalsbezügen bekanntlich nicht auf. Schließlich ist kein Mensch eindimensional sondern immer in allen Machtverhältnissen gleichzeitig positioniert. Konkret drückt sich die Vernachlässigung intersektionaler Diskriminierung auf politischer Ebene dadurch aus, dass Antidiskriminierungsberatungsstellen im Jahr 2025 noch immer auf prekärer Projektbasis arbeiten müssen und sich nach deren Ende unausgesprochen auf Fachberatungsstellen verlassen wird, die zu intersektionaler Diskriminierung meist nur als Querschnittsaufgabe beraten können.«*

In aller Kürze

- **Rassismus ist die häufigste Verschränkungsform** (69 % der intersektionalen Fälle), gefolgt von queerfeindlichen Kontexten (23,1 %).
- **Rechtsextremismus bildet häufig den politischen Hintergrund** dieser Verschränkungen – Antisemitismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit sind hier systematisch miteinander verknüpft.
- **Politik, Zivilgesellschaft und Bildungseinrichtungen** stehen in der Verantwortung, intersektionale Erscheinungsformen von Antisemitismus mitzudenken und gezielt darauf zu reagieren.
- **Empfehlung:** Mehr Sensibilisierung, Fortbildung und Sichtbarmachung intersektionaler Dynamiken – für eine wirksamere Bekämpfung antisemitischer Gewalt in all ihren Facetten.

**Melden Sie
antisemitische
Vorfälle unter:**

www.dia-mv.de

